

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Arbeitsamt“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren: Kurze 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Raupenstraße 11, sowie durch alle Anstalten zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 3 Pf. Trägerlohn. — 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn. — 2,10 Rmt. Durch die Post einfr. Zustellungsgebühren 3,48 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21733
Postfach-Konto: Postfach-Nr. 5832
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zil. Breslau
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile 10 Pf. geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das zweite Wort 4 Pf. Anzeigen für die adreß. Kommerz müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) zu der Haupt-Expeditoren Kurze 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Hermann Müllers Erfolg in Genf

Das Reichskabinett einstimmig hinter ihm

Berlin, 18. September. (Eig. Bericht.) Amlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler berichtete am Dienstag dem Reichskabinett über die in Genf geführten Verhandlungen. Das Reichskabinett billigte einstimmig die Haltung des Reichskanzlers und der Deutschen Delegation und dankte dem Reichskanzler für seine geschickte und tatkräftige Führung der Verhandlungen.

Am Dienstag nachmittag empfing Reichskanzler Müller Vertreter der Berliner Presse. Er verwies einleitend darauf, daß es gelungen sei, endlich zu offiziellen Verhandlungen über die Rheinlandräumung zu gelangen; Müller fuhr dann fort:

Briand hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das ein Korum darstellt. Es schien bei Beginn der Verhandlungen nicht sehr leicht zu sein, zu einem solchen Resultat zu kommen. Vertreter der anderen Staaten haben wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie es lieber gesehen hätten, wenn die Sache auch weiterhin noch diatorisch behandelt würde. Auch Cuthbert hat angedeutet, daß man die Räumungsfrage doch besser später behandeln würde. Er wies in diesem Zusammenhang auch auf die Krankheit Chamberlains hin. In ähnlicher Weise sprachen sich die Vertreter Belgiens und Italiens aus. Es gelang dann aber doch, zunächst die Verhandlungen der Genf anzuknüpfen. Am letzten Sonntag konnte, nachdem das Gelingen festgestellt werden, daß die Verhandlungen in Genf einen Wendepunkt erreicht haben. Gegenstand geworden sei. Aber als wesentlich wichtig erachtet, daß auch offizielle Verhandlungen über die Reparationsfrage eröffnet werden sind. Es braucht nicht besonders betont zu werden, aus welchen Gründen Deutschland ein Interesse an der Festlegung einer endgültigen Endsumme hat. Darüber ist in deutschen und in ausländischen Parlamenten oft und viel gesprochen worden.

Es wäre dann weiter festzustellen, daß die deutsche Delegation in Genf weder in der Räumungsfrage noch in den Erörterungen über das Sicherheitsproblem irgendwelche Bindungen eingegangen ist, die etwa auch die deutsche Regierung oder das deutsche Parlament binden könnten. Es wäre ferner festzustellen, daß die deutsche Delegation bis zuletzt nachdrücklich auf der Trennung der einzelnen Verhandlungsgegenstände bestanden hat. Es ist deutscherseits niemals ein innerer oder äußerer Zusammenhang zwischen Räumung und Reparationen anerkannt worden. (Tatsächlich besteht er aber trotzdem. Anm. d. Red.) Allerdings ist zu behaupten, daß ein unmittelbarer Erfolg in der Räumungsfrage nicht erzielt worden ist. Trotzdem kann man nicht sagen, daß die Verhandlungen vollkommen erfolglos geblieben seien. Nachdem jetzt einmal die Räumungsfrage offiziell auf die Tagesordnung der internationalen Politik gestellt worden ist, wird sie von dieser Tagesordnung nicht mehr verschwinden, bis sie ihre Lösung gefunden hat.

Entgegenkommende Stimmungen in Frankreich

Paris, 19. September. (Eigener Funkbericht.) Die französische Regierung tritt morgen zu einer Sitzung zusammen, deren Hauptaufgabe es sein soll, den ausführlichen Bericht Briands über seine Genfer Verhandlungen entgegenzunehmen. In einigen Blättern wird auch die Möglichkeit zu erkennen gegeben, daß vielleicht morgen schon eine Entscheidung darüber fallen könne, ob und wann Frankreich die zweite Zone des Rheinlandes zu räumen gedente. Immerhin ist es geboten, vorläufig große Skepsis zu bewahren, obwohl gerade aus den Reihen der französischen Sozialisten immer lauter die Forderung auftritt, daß Frankreich unbedingt „eine schöne Geste“ tun müsse, um die weiteren Verhandlungen zu erleichtern.

Besonders bemerkenswert ist heute die Stellungnahme des Sozialistenführers Leon Blum über das Problem der Rheinland-Räumung. Blum behauptet es in einem Artikel im „Populaire“, daß Briand nicht schon in Genf die Räumung des Rheinlandes zugelassen habe. Wieder eine verlorene Gelegenheit“, schreibt Blum, Frankreich hätte seinen moralischen und politischen Einfluß in der Welt durch eine Geste der Gerechtigkeit, des Vertrauens und der Großmut wesentlich erhöhen können, und es hätte die ganze Sympathie der Völker auf sich vereinigen können, ohne durch die sofortige Preisgabe des Rheinlandes Schaden zu leiden. Es wäre Deutschland vollkommen unmöglich gewesen, ohne tödliche Gefahr zu laufen, gegen die Einheitsfront der Welt anzukämpfen. Schließlich muß Frankreich, schließlich die Räumung doch zugeben, denn niemand kann die durch die Verantwortung für ein Scheitern der Rheinland-Verhandlungen auf sich nehmen.

Paris, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Unfriedensliebe, die einige bürgerliche Parteien in Deutschland über die Genfer Verhandlungen an den Tag legen, beginnt allmählich in Frankreich die härtesten Rückwirkungen hervorzuweisen. Charakteristisch für die ärgerliche Stimmung in Frankreich ist der Dienstaufsichtartikel des „Temps“.

Der „Temps“ stellt es als ebenso unverständlich wie unheimlich, wenn Deutschland, Zentrum und Deutsche Volkspartei in hohem Maße gegen die Genfer Beschlüsse protestieren und die Sozialdemokratie mit dem Dium eine Gelegenheitsrolle spielen wollten. Man könne darin nicht

mehr sehen, als ein plummes innerpolitisches Manöver, trügen doch gerade die Deutschen, nationalen die Schuld daran, daß im Ausland immer noch dieses Mißtrauen gegen den Friedenswillen Deutschlands bestehe; sie seien es doch, die durch ihre ewige Revanchekampagne den Gang der Politik der Versöhnung auf das äußerste erschwert. Volkspartei und Zentrum aber schienen zu vergessen, daß die Genfer Beschlüsse nichts anderes seien als die logische Konsequenz der von ihnen begonnenen und mit Hilfe der Deutschen fortgeführten Politik von Locarno, an der die Sozialdemokratie bisher nicht als Regierungspartei mitgewirkt habe. Es sei eine willkürlich ausgestreute Fiktion, wenn man in Deutschland behauptet, daß die affizierten einem sozialdemokratischen Reichskanzler nichts verweigern könnten. Reichskanzler Müller sei in Genf wirklich das erreicht, was zu erreichen gewesen sei. Man solle in Deutschland nur einen Augenblick daran denken, wie weit ein Reichskanzler aus der Reihe der Reaktion gekommen wäre. Endlich sei es unehrlich, den Reichskanzler Müller gegen den Außenminister Stresemann auszuspielen, wie es Marx in Chemnitz getan habe, denn für Müller wie für Stresemann und schließlich auch für Marx selbst gebe es nur ein und dieselbe Linie: Fortsetzung der Politik von Locarno.

Wir haben uns zunächst gar nicht mit der Rede des verflohenen Zentrumskanzlers Marx befaßt, weil wir diese schmerzliche Geste für eine politische erlebte Geste hatten. In der Sache aber hat der „Temps“ ausnahmsweise einmal völlig recht. Marx selbst hat als Reichskanzler niemals die Rheinlandräumung offiziell zu fordern gewagt und hat auch niemals die Einleitung offizieller Verhandlungen darüber durchsetzen können. Angesichts dieser Tatsache ist es ein starkes Stück verlogener Demagogie, wenn er jetzt auftritt und behauptet, es habe sich gezeigt, daß auch eine nach links neigende Reichsregierung in der Außenpolitik nicht mehr erreichen könne, als eine nach rechts neigende. Tatsächlich hat diese nach links neigende Reichsregierung in kurzer Zeit bereits weit mehr erreicht, als die deutschnational verlesene letzte Regierung Marx in fünfviertel Jahren. Dabei stehen die Verhandlungen aber noch in ihrem Anfang und sollen nun erst im einzelnen durchgeführt werden. So beweist die Chemnitzer Rede von Marx

hat, ein wie schlechtes Gewissen, dieser Mann nur und welches Bedürfnis er empfindet, seine Tätigkeit in ein besseres Licht zu rücken. Daß das auf so verlogene Weise geschieht, wundert uns nicht bei einem Mann, der seinen Wählern in so übler Weise die Treue brach.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß das Ergebnis von Hermann Müllers Genfer Verhandlungen tatsächlich einen nicht unbeträchtlichen Erfolg für Deutschland darstellt, so würde dieser Beweis geliefert werden von dem Verhalten der nationalistischen Presse Frankreichs. Die nationalistischen Kreise Frankreichs sind mit dem Ergebnis von Genf außerordentlich unzufrieden. Dabei ist interessant, daß die französischen Nationalisten besonders unzufrieden sind mit dem Plan der Errichtung einer Schiedskommission für die Grenzzone zwischen Frankreich und Deutschland. Wir haben hier wiederholt ausgeführt, daß, wenn die geplante Kommission zweiseitig würde, sowohl auch eine Vertretung Deutschlands in sich enthielte als auch das Recht habe, auch französisches Gebiet zu kontrollieren, diese Kommission von uns sogar begrüßt werden könne, weil sie den Anfang einer allgemeinen Rüstungskontrolle darstelle. Gerade vor dieser Ausgestaltung der Kommission haben nun die französischen Nationalisten eine Morbsangst. Das geht besonders deutlich hervor aus folgender Auslassung des „Echo de Paris“, in der der bekannte französische nationalistiche Journalist Perinaz, der dort Briand wegen seiner Rheinlandverhandlungen aufs heftigste angreift, u. a. folgendes schreibt:

„Was nur für eine barocke, gefährliche Idee, gestatten zu wollen, daß Deutschland das Recht haben solle, irgendwelche militärischen Vorbereitungen Frankreichs in Elsaß-Lothringen als Bedrohung für die Sicherheit der Rheinlandzone zu denunzieren. Glücklicherweise zeige sich Deutschland von einer derartigen Kommission nicht gerade begeistert, weil es glaube, daß seine Pflichten ihr gegenüber größer seien als seine Rechte. Diese Gefahr ist zum Fortschritt Frankreichs, aber insbesondere für Deutschland, nach nicht sehr leicht zu nehmen. Das schlimmste aber seien die moralischen Bindungen, die Briand bei seinen überaus Genfer Verhandlungen eingegangen sei. Alle Welt erwartet heute bestimmt, daß jetzt, nach der Genfer Vereinbarung, Frankreich sofort eine große Geste tue und es im Interesse weiterer Verhandlungen die zweite Rheinlandzone räume.“

Wie man sieht, hat die deutschnationale Heße gegen diese Kommission bei den französischen Nationalisten helle Freude erregt, und auch die Reichsregierung kann daraus entnehmen, daß keinerlei Grund besteht, einer solchen Kommission zuzustimmen, wenn sie so ausgestaltet wird, wie vorhin angedeutet. Daß man vielmehr gerade die Arbeit der französischen Nationalisten besorgt, wenn man sich gegen eine solche Kommission bei uns sträubt.

Zenker geht

Der Chef der Marineleitung, Admiral Zenker, scheidet Ende September aus dem Dienst der Marine

Der Rücktritt des Chefs der Marineleitung ist die Konsequenz der Lohmann-Affäre. Als nach dem Rücktritt des Reichswehrministers Gehler der gesamte Komplex der Lohmann-Unternehmungen allmählich bekannt wurde und der Skandal, der mit dem Phobus-Film begann, in voller Größe vor der Öffentlichkeit stand, erklärte der neue Reichswehrminister Gröner vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages: „Das Haushaltsrecht des Reichstages ist in unverantwortlicher Weise verletzt worden. Es ist nicht zu billigen, daß ein Vorgesetzter seinen Untergebenen solche Generalvollmacht gibt, wie sie der Kapitän Lohmann besessen hat. Nach meinen Begriffen von den Pflichten eines Vorgesetzten ist das eine ganz unmögliche Sache.“ Diese Erklärung richtete sich in voller Schärfe gegen den Admiral Behnke; den früheren Chef der Marineleitung, unter dem sich der Lohmann-Skandal entwickelt hatte und gegen den Admiral Zenker, der als Nachfolger Behnkes die Generalvollmacht für Lohmann befristet hat. Die Erklärung wurde am 13. März abgegeben. Herr Zenker ist nach dieser Erklärung mit außerordentlicher Langmut behandelt worden. Er scheidet jetzt, ein halbes Jahr nach dieser Bloßstellung, aus dem Dienst aus. Man hat ihn durch diese Schutzfrist einen ehrenvollen Abgang zugestanden.

Herr Gröner, der Reichswehrminister, hat in dieser Angelegenheit eine langsame Hand gehabt. Das hindert nicht, daß heute mit allem Nachdruck auf die unverantwortliche Haltung des Reichsmarineamtes unter Reichswehrminister Gehler gegenüber dem Lohmann-Skandal hingewiesen wird. Als im Jahre 1927 bekannt wurde, daß aus Mitteln des Marineamtes durch Vermittlung des Kapitän Lohmann die Phobus-Film-Affäre-Gesellschaft finanziert worden war, um sogenannte nationale Filme herauszubringen, hat das Reichsmarineamt den Versuch unternommen, kategorisch zu verweigern. Es hat damals mit Strafanzeigen gedroht. Der Skandal ließ sich jedoch nicht unterdrücken. Allmählich rückte er sich heraus, daß Kapitän Lohmann einen Rattenfang von Gehäusen zusammengekauft hatte, teils mit Reichsmitteln, teils mit Hilfe von Krediten für die das Reichsmarineamt die Garantie übernommen hatte. Film- und Spezialaufnahmen, Häufelbestellungen, Erziehungsgesellschaften, Gesellschaften zur Beschaffung und Fortentwicklung von Motorbooten, Hebenanläufe, Errichtungen von Flugzeugwerken, Grundbesitzkäufe, Abträge von Bankunternehmungen — alles das hätte Kapitän Lohmann, geküßt auf seine Generalvollmacht, zusammengekauft. Der Ausgangspunkt seiner Ge-

schäfte war ein Betrag von zehn Millionen Mark Goldwert, der zur Zeit des Ruhrkampfes dem Reichsmarineamt überwiesen worden war. Fünf Jahre lang nach dem Ruhrkampf hat ein Kapitän aus dem Reichsmarineamt unkontrolliert und ungehemmt wirtschaften können.

Der Skandal hat seinerzeit dem Reichswehrminister Gehler endgültig das Genick gebrochen. Gleichzeitig lenkte er die Aufmerksamkeit auf die finanzielle Mißwirtschaft im Heeres- und Marine-Etat, in dem unkontrollierbare Fonds zur Verfügung standen. Reichswehrminister Groener hat nach der vollen Aufdeckung des Skandals das feierliche Versprechen abgegeben, daß derartige Fonds nicht mehr entstehen und die Verträge gegen die Haushaltsordnung aufhören würden. Die Reinigungsaktion hat begonnen. Sie ist noch in vollem Gange. Der Abgang des Herrn Zenker lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß bei kommenden Etatsberatungen härter als zuvor der Reichstag sein Budgetrecht bei der Beratung des Heeres- und Marine-Etats durchsetzen muß.

Die Amtsnachfolge des zurückgetretenen Marinechefs Zenker tritt der bisherige Chef der Marineleitung der Flotte, Vizeadmiral Raeder, an.

Borstoß der bayrischen Regierung

Sie will in der Außenpolitik mitreden — die Getreidezölle sollen erhöht werden

München, 18. September. (Eig. Drahtber.) Der bayrische Ministererrat hat beschlossen, die Reichsregierung um eine Länderkonferenz zu ersuchen. Die bayrische Regierung will in der Außenpolitik mitreden — die Getreidezölle sollen erhöht werden. Die bayrische Regierung will in der Außenpolitik mitreden — die Getreidezölle sollen erhöht werden.

In der gleichen Sitzung des Ministerrats wurde beschlossen, unverzüglich an die Reichsregierung zu ersuchen, die Zölle für Getreide herabzusetzen und insbesondere zu verlangen, daß die Zölle für Getreide allgemein auf die Höhe des neu abgeschlossenen Handelsvertrages gebracht werden und außerdem die Einfuhrzölle für Hungergetreide höher bewertet werden. Die Erfüllung der bayrischen Forderung würde eine Erhöhung des Zollfußes für Weizen um 1,50 Mark und für die übrigen Getreidesorten um 1 Mark pro Doppelzentner bedeuten.

Die sächsische Sozialdemokratie an ihre Mitglieder

Gegen den kommunistischen Volksentscheid — Zur Wehrfrage und Koalitionsfrage

Chemnitz, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die sächsische Sozialdemokratie hat folgenden Aufruf an ihre Mitglieder beschlossen:

„Die Landesinstanzen der sozialdemokratischen Partei Sachsens haben sich in einer gemeinsamen Sitzung mit den Landtagsabgeordneten und den sächsischen Reichstagsabgeordneten am 17. September mit der politischen Lage in Sachsen nach den Vorgängen im Reich beschäftigt. Die Möglichkeit, Flottenrüstungen durch Volksentscheid zu regeln, ist schon durch das Verhalten der Kommunisten zerschlagen worden, die einen solchen Volksentscheid nur zum Kampf gegen die Sozialdemokratie benutzen.“

Die kommunistische Partei hat sich bei dieser Aktion wieder in ihrer ganzen Kläglichkeit enthielt. Sie verurteilt laut, daß sie keinen Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau, sondern gegen die deutsche Sozialdemokratie führt und fordert im gleichen Atemzuge die sozialdemokratischen Arbeiter auf, mit ihr zusammen Einheitskomitees zu bilden gegen die eigene Partei. Dieser Vorstoß der K.P.D. ist in Sachsen bereits zusammengebrochen. Mit tiefem Abscheu wenden sich die Arbeiter von dieser kommunistischen Politik ab, die sich nicht den Erfolg einer gemeinsamen Sache, sondern den Bruderkampf und die Zerspaltung der großen sozialdemokratischen Partei zum Ziele setzt.

Die sächsischen Landesinstanzen sind der Meinung, daß die auf dem Magdeburger Parteitag vorgelegene grundsätzliche Debatte zum Wehrproblem geführt werden muß unter Zugrundelegung der Brüsseler Abrüstungs-Resolution, in der ausdrücklich festgestellt wird, daß „in der kapitalistischen Epoche jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus trägt.“

Neben der Debatte über das Wehrproblem muß der Parteitag eine Entscheidung über den Fall des Panzerkreuzers herbeiführen. Die schwere Schädigung der Partei durch die Panzerkreuzerfrage ist die notwendige Folge einer von Grund auf falschen Koalitionspolitik, die in einigen Ministerien schon politische Macht sieht und keinerlei Rücksicht nimmt auf das Vertrauen der breiten Masse. Deshalb ist jetzt gegen diese Koalitionspolitik der Kampf zu führen mit dem Ziel, der Partei in einer starken Oppositionsstellung wieder ihre Handlungsfreiheit zurückzugeben.

In Übereinstimmung mit dem Beschluß des Parteiaus-schusses, die die einstimmige Ablehnung des Panzerkreuzerbau durch die Partei feststellte, erwarten die Landesinstanzen, daß alle zur Verfügung stehenden Mittel gegen den Weiterbau des Kreuzers, insbesondere auch das dem Finanzminister zustehende Vetorecht gegen die zweite Rate angewandt werde.

Pflicht der Mitglieder und Funktionäre ist, jetzt in dieser entscheidenden Stunde fester zusammen zu stehen denn je. Die Landesinstanzen rufen alle Bezirke auf, jetzt und gerade jetzt in die seit langem vorbereitete Wehraktion für die Partei mit aller Kraft einzutreten. Wer die Partei erobern will, muß ihre Organisation ausbauen. Aus Wert Genossen! Noch immer gilt das Wort: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“

Sinnes erneut schwer belastet

Wien, 18. September. (Eig. Drahtbericht.) Der zur Aufklärung der Sinnes-Affäre in Wien weilende Staatsanwalt Dr. Berliner hat sich nach den Informationen eines hiesigen Blattes dahin geäußert, daß die in Wien ermittelten Tatsachen weiteres schwereres Belastungsmaterial gegen den verhafteten Hugo Sinnes zu Tage gefördert hätten. Es sei jetzt nachgewiesen, daß Sinnes und seine Direktoren zahlreiche Agenten im Auslande mit dem Ankauf von Kriegsanleihe-Kaufbriefen be-

traut, diese Agenten ganz Mittel- und Osteuropa überflutet und die erworbenen Titel an die Firma Steinnes abgeliefert hätten.

Die österreichische Arbeiterschaft wehrt sich

Ein Beschluß des republikanischen Schutzbundes
Wien, 18. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Bundesleitung des Republikanischen Schutzbundes beschloß am Dienstag eine Resolution, in der zunächst festgestellt wird, daß der Arbeitertag in Wiener Neustadt am 7. Oktober eine Veranstaltung der gesamten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen dieses Stadtteils ist und der Schutzbund lediglich die Aufgabe übernommen hat, diese Kundgebung zu schützen.

Wörtlich heißt es in der Entschließung weiter: „Der Schutzbund stellt fest, daß er bisher niemals selbst einen Aufmarsch in agrarischen Gebieten oder in solchen Gebieten veranstaltet hat, die in ihrer großen Mehrheit den Sozialisten ablehnend gegenüberstehen. Er stellt ferner fest, daß die Heimwehren seit Monaten gerade die industriereichsten Orte zu ihren Aufmärschen aufsuchen, und zwar mit der Absicht, die Arbeiterschaft herauszufordern. Trotzdem wurden die vielen Aufmärsche der Heimwehren niemals gestört. Erst als die Heimwehrführer den Aufmarsch in Wiener Neustadt mit den Drohungen ankündigten, daß sie gegen die freigewählte Volksvertretung Brachialgewalt anzuwenden entschlossen sind, und als sie von einem Marsch nach Wien redeten, dessen Auftakt die Wiener-Neustädter Veranstaltung sein soll, erst dann wurde von den Arbeiterorganisationen der Arbeitertag nach Wiener Neustadt einberufen, den zu schützen Aufgabe des Republikanischen Schutzbundes ist. Der Republikanische Schutzbund erklärt, daß er stets auf dem Boden der Demokratie stand, niemals das Versammlungsrecht Andersgeinnter antastete oder geschmälert hat. Er ist aber ebenso wenig geneigt, Arbeiterorganisationen den Angriffen faschistischer Banden aussetzen zu lassen, und wird daher am 7. Oktober alle umfassenden Vorbereitungen treffen, die notwendig sind, um Leben und Freiheit der Arbeiter vor den Faschisten zu schützen.“

Patente Regierungskrise in Belgien

Brüssel, 18. September. (Eig. Drahtbericht.) In Belgien weht wieder Krisenluft. Die Christlichen Demokraten fordern jetzt für ihre Zustimmung zu dem Wehrgesetz den versprochenen Lohn in der Form einer Amnestie für die wegen politischer Kriegsverbrechen verurteilten flämischen Aktivisten. Vorläufig stießen sie bei dem Ministerpräsidenten und insbesondere bei ihren liberalen Verbündeten auf taube Ohren. Die Regierung und die Liberalen erklären die Amnestieforderung des flämischen Demokratenführers van Cauwelaert für vollkommen unannehmbar. Die von ihnen gemachten Gegenvorschläge werden jedoch von den Flamen als vollkommen unzulänglich bezeichnet. Der Konflikt ist durchaus ernster Natur. Falls es zu einer Regierungskrise und dann zu einer Auflösung des Parlamentes kommen sollte, würde das Wehrgesetz vorläufig ins Wasser fallen, da es im Senat noch nicht behandelt worden ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bereits am Mittwoch die Krise akut wird.

Die Abrüstungsabotage in Genf

Ständische Debatte in der III. Kommission
Genf, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Abrüstungsverhandlungen im Völkerbund drohen zu einem Abrüstungsandal zu werden. Was sich am Dienstag in der Abrüstungskommission der Völkerbundversammlung abspielte, glich den üblichen Praktiken früherer Diplomatenkongresse auf ein Haar. Bei der Annahme über die Empfehlung der deutschen Kriegsverhütungsvorschläge an die Völkerbundsammlung mußte Deutschland erst beantragen, daß in diese Resolution der bei allen Sicherheitsverträgen übliche Passus, daß die Vorschläge dazu beitragen, die Sicherheitsgarantien zu vermindern, aufgenommen wird. Sofort wandten sich England und Polen gegen diesen Passus, wobei Polen betonte, daß die Kriegsverhütungsvorschläge nur deshalb an die Völkerbundsammlung überwiesen wurden, damit sie den Regierungen zur Begutachtung zugeandt werden könnten. Nach langem Hin und Her wurde die deutsche Forderung schließlich erfüllt. Eine polnische Ergänzung über die notwendige Konsultation der Seere in Konsultationsfällen wurde in veränderter Form gleichfalls angenommen.

Anschließend begann die Debatte über die For-... der Abrüstungsarbeiten. Paul Boncour legte eine Resolution vor, in der anerkannt wird, daß manche Staaten ihre Sicherheit für noch nicht genügend halten könnten, daß aber die Verträge von Locarno und die Rüstungsbeschränkungen der Friedensverträge ein ernstes Hindernis für die Begrenzung und Einschränkung der Rüstungen nötig machten. Von dem Völkerbundvertrag, seinem Sicherheitswert und seiner Abrüstungsforderung sagt die Resolution kein Wort. Dagegen sollen die 50 in Genf versammelten Staaten dem Rüstungsvergleich, den Frankreich und die französische Regierung kennen, ihre Anerkennung aussprechen. Schließlich wird gefordert, die Abrüstungskommission Ende des laufenden Jahres oder Anfang des Jahres 1929 zusammenzutreten zu lassen. Im Laufe seiner mündlichen Ausführungen erklärte Paul Boncour an, daß der Fortschritt der Abrüstungsverhandlungen in Wahrheit nicht mehr durch technische, sondern durch hochpolitische Schwierigkeiten aufgehalten werde.

Der Holländer Loudon bemühte sich sehr eifrig, die Abrüstungsarbeit des Völkerbundes überhaupt zu einer leeren Formache zu machen. Er, der Vorsitzende der Abrüstungskommission, wollte diese selbst faktieren, indem er vorschlug in Paris eine Konferenz der fünf Seemächte abzuhalten, die sich außerhalb des Rahmens des Völkerbundes einigen sollte. Paul Boncour schloß in dieselbe Kerbe, indem er von der Tragik sprach, die darin liege, daß das französisch-englische Marineabkommen noch nicht von den anderen Seemächten angenommen sei. Nach Cusheund wandte sich erregt gegen die geplante Pariser Konferenz, nicht etwa, weil sie die Abrüstungsverhandlungen der Aufsicht des Völkerbundes entziehen, sondern weil sie angeblich eine Revision des Washingtoner Abkommens bedeuten würde. Der wirkliche Grund war, daß England sich unbedingt erst mit Amerika einigen will, ehe es sich mit Frankreich, Italien und Japan an einen Tisch setzt. Die Einberufung der vorbereiteten Abrüstungskonferenz interessierte den Engländer nicht; sie muß hinausgeschoben werden, bis die Schwierigkeiten beseitigt wären.

Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.
Man sieht, wie gerechtfertigt der Vorstoß Hermann Müllers war.

Die faschistische Spionage in der Schweiz

Bern, 18. September. (Eig. Drahtb.) Dem Nationalrat liegen bisher drei Interpellationen über die Rossi-Angelegenheit vor. Der Bundesrat wird aufgefordert, dem Parlament Aufklärung über die Teilnahme Rossi bzw. ihre Vorbereitungen auf Schweizer Gebiet zu geben und um Maßnahmen gegen die Verletzung der schweizerischen Souveränität durch faschistische Spione im Tessin ersucht.

Im Großen Rat des Kantons Tessin beantwortete die zuständigen Stellen inzwischen eine sozialdemokratische Interpellation über das faschistische Treiben. Danach hat die Gendarmerie bisher in Lugano und in Locarno drei Personen verhaftet und sechs Personen vernommen. Man habe weiter eine Anzahl von Dokumenten und Korrespondenzen beschlagnahmt. Die Tessiner Regierung bestätigt dann in ihrer Antwort die sozialdemokratischen Behauptungen über eine faschistische Spionage im Kanton Tessin wie folgt:

„Es wurde festgestellt, daß, wenn nicht eine ganze Organisation, so doch eine Spionagetätigkeit existiert, die von Agenten ausgeführt wird, die mit offiziellen Persönlichkeiten zweiten Ranges dies- und jenseits der Grenze in Verbindung stehen. Die Spionage wird ausgeübt zugunsten des benachbarten Staates und mit dem Zweck, sich gegen Personen zu verteidigen, die verdächtigt werden, eine dem Regime feindliche Tätigkeit zu treiben und antisfaschistische Zeitungen nach Italien einzuführen. Die der Spionage verdächtigten Personen sind zum größten Teil Italiener von bescheidener oder sogar ganz unbedeutender sozialer Lage und angeblich Kommunisten oder Sozialisten. Kopien der Untersuchungen, Protokolle der Akten sind, da es sich um eine Angelegenheit handelt, die auch in die Kompetenz des Bundes fällt, der Bundesanwaltschaft und dem Eidgenössischen Politischen Departement zugehellt worden.“

Die Tessiner Regierung betont zum Schluß ihrer Antwort, daß sie von sich aus zwei Italiener ausgewiesen habe und in übrigen mit den Bundesbehörden über den Verlauf der noch nicht abgeschlossenen Untersuchung in ständiger Fühlung stehe. Sie weist die neuen Behauptungen der Schweizer sozialdemokratischen Blätter, daß es sich auch bei den Kokainmugglern von Lugano um faschistische Spione handelt, die den Kokainmugglern nur betrieben hätten, um an gewisse Schweizer Kreise heranzukommen, den Tatsachen entsprechen, ist noch nicht zu erkennen.

Der Seewolf.

Von Jack London.

61 (Kochbuch verboten.)
„Winters hat Watroghante für seine Hütte benutzt.“
„Sagte ich. Wir haben ja Robben.“
„So begann am nächsten Tage die Jagd. Ich konnte nicht stehen und machte mich daran, es zu lernen. Als ich aber einige dreißig Patrouillen auf drei Robben verschwendet hatte, sah ich ein, daß unsere Munition erschöpft sein mußte, ehe ich genügend Übung im Schießen erlangt hätte. Ich hatte acht Patrouillen zum Heranzumachen gebraucht, als ich auf den Einfall kam, die glimmende Höhle mit feinstem Mees zu bedecken, denn wir hatten kaum noch hundert Patrouillen.“
„Wir müssen die Robben mit Knüppeln erschlagen.“
„beränderte ich Maud, als ich mich von meiner Unmöglichkeit als Schütze überzeugte hatte. Ich habe die Robben-... von dieser Art, die Tiere zu töten, nicht hören.“
„Die Tiere sind ja hübsch.“
„Das ist nicht anzudenken. Es ist jauchbar brutal, so ganz anders als Schützen.“
„Das noch noch gemacht werden.“
„Der Winter steht vor der Tür. Es handelt sich einfach darum: Wir oder sie? Es ist ein Unglück, daß wir nicht mehr Munition haben, aber ich glaube übrigens, daß sie weniger leiden, wenn sie mit dem Knüppel niedergeschlagen als wenn sie zusammengeschoßen werden. Zudem werde ich ja das Niederhauen bestrafen.“
„Das ist es ja gerade.“
„Natürlich.“
„Aber was soll ich denn tun?“
„Aber was soll ich denn tun?“
„Ganz für das Feuer zusammen und das Feuer tun.“
„Sagte ich.“
„Sie ist nicht den Kopf.“
„Sie ist nicht den Kopf.“
„Aber das Leben?“
„Aber das Leben?“

„Ich werde selbst bestimmen, wann ich hinschauen muß und wann nicht.“
„Das Ende war natürlich, daß sie mich am nächsten Morgen begleitete.“
„Ich ruderete an die ansehnliche Bucht und ganz an das Ufer, wo die brüllenden Robben zu Tausenden lagen.“

„Ich weiß, daß man sie mit Knüppeln erschlägt.“
„Ich mit einem Versuch, mich anzufekern, indem ich zweifelnd auf einen großen Bullen blinzelte, der, keine dreißig



Im nächsten Augenblick war der Bull unter dem Boot.

„Ich rief laut, ich auf die Berberlinsen erhob und mich ansehnlich betrachtete.“
„Lassen Sie uns Umbragras sammeln und das Dach damit bedecken.“
„Er war etwas ängstlich, wie ich bei dieser Aussicht auf den bevorstehenden Kampf, und daß wir Strand genug dazu hatten, wußten wir uns selber sagen, als wir jetzt aus der Höhe die schimmernden Johannisbeeren und die leuchtenden Mäntel sahen.“
„Ich habe immer, daß sie ich vor dem Menschen schickte.“
„Das tun sie wohl auch.“
„Aber, als ich das Boot einige Ruderschläge näher an Land gebracht hatte.“
„Wären sie sich vielleicht aus dem Stande machen?“

„Aber ich zögerte doch.“
„Ich habe einmal von einem Manne gehört, der in eine Bruststätte wilder Gänse einbrang.“
„Sa, die Gänse. Mein Bruder hat mir davon erzählt.“
„Aber ich weiß, daß man sie mit Knüppeln erschlägt.“
„Ich glaube, Umbragras würde ein ebenso gutes Dach abgeben.“

„Ihre Worte verfehlten ihre Wirkung und trieben mich erst recht an.“
„Loki!“
„Loki!“

„Ich rief laut, ich auf die Berberlinsen erhob und mich ansehnlich betrachtete.“
„Lassen Sie uns Umbragras sammeln und das Dach damit bedecken.“

„Er war etwas ängstlich, wie ich bei dieser Aussicht auf den bevorstehenden Kampf, und daß wir Strand genug dazu hatten, wußten wir uns selber sagen, als wir jetzt aus der Höhe die schimmernden Johannisbeeren und die leuchtenden Mäntel sahen.“

„Ich habe immer, daß sie ich vor dem Menschen schickte.“
„Das tun sie wohl auch.“

„Aber, als ich das Boot einige Ruderschläge näher an Land gebracht hatte.“
„Wären sie sich vielleicht aus dem Stande machen?“

„Ich rief laut, ich auf die Berberlinsen erhob und mich ansehnlich betrachtete.“
„Lassen Sie uns Umbragras sammeln und das Dach damit bedecken.“

„Er war etwas ängstlich, wie ich bei dieser Aussicht auf den bevorstehenden Kampf, und daß wir Strand genug dazu hatten, wußten wir uns selber sagen, als wir jetzt aus der Höhe die schimmernden Johannisbeeren und die leuchtenden Mäntel sahen.“

„Ich habe immer, daß sie ich vor dem Menschen schickte.“
„Das tun sie wohl auch.“

„Aber, als ich das Boot einige Ruderschläge näher an Land gebracht hatte.“
„Wären sie sich vielleicht aus dem Stande machen?“

„Ich rief laut, ich auf die Berberlinsen erhob und mich ansehnlich betrachtete.“
„Lassen Sie uns Umbragras sammeln und das Dach damit bedecken.“

„Er war etwas ängstlich, wie ich bei dieser Aussicht auf den bevorstehenden Kampf, und daß wir Strand genug dazu hatten, wußten wir uns selber sagen, als wir jetzt aus der Höhe die schimmernden Johannisbeeren und die leuchtenden Mäntel sahen.“

„Ich habe immer, daß sie ich vor dem Menschen schickte.“
„Das tun sie wohl auch.“

„Aber, als ich das Boot einige Ruderschläge näher an Land gebracht hatte.“
„Wären sie sich vielleicht aus dem Stande machen?“

„Ich rief laut, ich auf die Berberlinsen erhob und mich ansehnlich betrachtete.“
„Lassen Sie uns Umbragras sammeln und das Dach damit bedecken.“

„Er war etwas ängstlich, wie ich bei dieser Aussicht auf den bevorstehenden Kampf, und daß wir Strand genug dazu hatten, wußten wir uns selber sagen, als wir jetzt aus der Höhe die schimmernden Johannisbeeren und die leuchtenden Mäntel sahen.“

„Ich habe immer, daß sie ich vor dem Menschen schickte.“
„Das tun sie wohl auch.“

Weltkongress der Komintern

Wir lesen in der „Dresdener Volkszeitung“ folgende Ausführungen:

Wolle sechs Wochen hat in Moskau der Kongress der kommunistischen Internationale getagt; kann man über die Mittel eines großen Staates verfügen, so kann man sich den Luxus eines so lange dauernden Kongresses mit hunderten Delegierten leicht leisten. Allzuviel Beachtung in der Welt haben die viele hunderte Reden, die auf diesem Kongress gehalten worden sind, nicht gefunden. Aber der allgemeine Charakter des Kongresses verdient doch die Beachtung der Arbeiterklasse!

Bucharin, der den Kongress beherrschte, hat in vier großen Reden dargelegt, wie die Welt sich jetzt in der Weltlage aussieht. Die Tatsache, von der er in seinen Darlegungen ausging, war die Stabilisierung, die Befestigung, das Erstarken des Kapitalismus. Die erste Periode der Nachkriegszeit, von 1918 bis 1921, das die Periode der akuten revolutionären Krise gewesen. In der zweiten Periode, die ihr folgte, habe sich der Kapitalismus in Europa stabilisiert, während der dritte Periode von großen revolutionären Bewegungen überschattet wurde. Jetzt aber sei die Welt in eine dritte Periode eingetreten. Die kapitalistische Produktion sei jetzt weit über ihre vorkriegsgrößen hinaus gewachsen. Aber mit dem Wachstum der kapitalistischen Produktion verschärften sich die Kämpfe der kapitalistischen Staaten um die Absatzmärkte. Das neue gewaltige Wachstum des Kapitalismus werde daher unvermeidlich die Gegensätze zwischen den Staaten verschärfen. Diese dritte Periode führe daher „unvermeidlich zu einer neuen Phase von imperialistischen Kriegen“, und diese neuen Kriege, die werden erst — die Weltrevolution möglich machen!

Wodurch sind die Revolutionen von 1917 und 1918 möglich geworden? Der Krieg hatte den Arbeitern und den Bauern Waffen in die Hand gegeben. Die furchtbaren Leiden des Krieges hatten die als Soldaten bewaffneten Arbeiter und Bauern revolutioniert. Die Niederlage hatte den Herrschaftsapparat der herrschenden Klassen desorganisiert. So konnte sich das bewaffnete Volk erheben, die Herrschenden davonjagen. Aber in dem Jahrzehnt, das seither verfloßen ist, ist das allmählich anders geworden. Überall haben die herrschenden Klassen ihren Gewaltapparat wieder aufgebaut. Die militärische Entwicklung selbst — Tanks, Giftgas, Flugzeuge — gibt dem staatlichen Gewaltapparat furchtbare Überlegenheit über die unbewaffneten Volksmassen. Nirgend in der Welt ist die Lage so, daß ein gewaltiger Aufstand gegen die Staatsgewalt Erfolg verprügele. Die „akute revolutionäre Krise“ ist also vorbei. All das weiß Bucharin. All das gibt Bucharin zu. Aber welchen Schluss zieht er daraus? Gibt er also zu, daß die Arbeiterklasse überall, da wir nun nicht mehr in einer revolutionären Situation leben, gar nicht anders verfahren kann, als auf dem Boden der Demokratie, mit den Mitteln der Demokratie ihren Kampf zu führen? Gibt er also zu, daß der Streit, der die Arbeiterklasse gespalten hat, der Streit darum, ob die Arbeiterklasse mittels gewalttätigen Aufstandes ihre Diktatur aufzurichten verusche oder ob sie mit den demokratischen Kampfmitteln ihren Kampf um die Macht führen soll, völlig sinnlos geworden ist, da doch auch nach seiner Ansicht die gewalttätige Revolution in der gegenwärtigen Geschichtsperiode aussichtslos ist? Nein, das kann er nicht zugeben. Sonst müßte er ja die kommunistische Internationale liquidieren und die Wiedervereinigung des Proletariats anstreben. Also — vertöflet er das Proletariat auf neuen Krieg, sogar gleich auf einen ganzen „Anklus imperialistischer Kriege“, die werden schon wieder eine Situation erzeugen, in der der gewalttätige Aufstand wieder möglich sein wird!

Die Spaltung des Proletariats soll also erhalten bleiben und gepflegt werden. Bucharin erklärt, die Kapitalistenklasse der wirtschaftlich höchstentwickelten Länder sei eben in der Lage, die Arbeiter besser zu bezahlen und sie dadurch — zu „korrumpieren“, wobei, wie er hinzufügt, „diese korrumpierten Schichten die ausführenden Schichten des Weltproletariats sind“. Diese Schichten, das seien die Träger des Reformismus, die Träger der Sozialdemokratie. Über dazwischen gehe es zum Glück Arbeiter, die nicht höhere Löhne haben, daher nicht „korrumpiert“ sind, so zum Beispiel die chinesischen Kulis und die Kontraktflamen der Plantagen; das sind die wahren Revolutionäre! Es ist die alte „Verelendungstheorie“ der achtziger Jahre in ihrer alumpfeisten, törichtesten Form, die da wieder aufsteht! Es muß klammern werden, damit es besser werde! Die Arbeiter müssen ganz verelendet sein, damit sie die Revolution machen! So meint Bucharin zum Beispiel: „Die Überwindung des Konservatismus des Proletariats der Vereinigten Staaten ist nicht denkbar ohne große sozialistische Katastrophen“. Also einen „Anklus von Kriegen“, der die Arbeiter recht verelendet, damit sie revolutionär werden! Wir lesen unsere Hoffnung darauf, daß sich das Proletariat Schritt für Schritt im Kampfe mehr Macht, mehr Recht, mehr Kultur, damit auch immer mehr physische und geistige Kampffähigkeit, immer mehr Selbstbewußtsein erobert, bis die Höhe seines Kraftgefühls und seines Selbstbewußtseins seine Untertanenstellung im kapitalistischen Betrieb unerträglich macht, bis die Höhe seines Kulturniveaus es befähigt, eine neue, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Der Theoretiker des Bolschewismus dagegen setzt seine Hoffnung darauf, daß das Verfüllen im immer tieferen Elend die Arbeiter revolutionieren werde!

Von diesem Gesichtspunkt aus behandelt Bucharin die Taktik, die die kommunistischen Parteien anwenden sollen. Er rühmt die „Wendung nach links“, die die kommunistische Internationale befohlen habe, indem sie die französischen Kommunisten gezwungen hat, ihre Kandidaturen bei den französischen Wahlen im zweiten Wahlgang aufrechtzuerhalten und dadurch die Sozialisten zum Nutzen der Reaktionen zu Fall zu bringen, und indem sie die englischen Kommunisten anhalt, bei den kommenden englischen Wahlen gegen die Arbeiterpartei zu kandidieren und dadurch den Konservativen zu helfen. Das sei, meint er, notwendig, um aus den Köpfen der französischen und der englischen Kommunisten alle parlamentarischen Traditionen und Illusionen herauszubringen. Daß diese Erziehungsmethode die Reaktion in den mächtigsten Staaten stärkt, macht Bucharin nichts. Je schlimmer es wird, desto besser! Das wird die Arbeiter revolutionieren!

Bucharin hat weiter eine Resolution beschließen lassen, in der erklärt wird, daß die linken sozialistischen Richtungen, nämlich die italienischen Maximalisten, die norwegischen Transamelisten und der „Austromarxismus“ die „größten Feinde des Proletariats“ seien und „am gefährlichsten das Proletariat betrügen“.

Die Wiener Arbeiterzeitung löst das Rätsel, warum die Komintern über die einheitliche Arbeiterbewegung in Österreich so empört ist. Die österreichischen Vertreter des ohnmächtigen Wiener Arbeiterkommunismus berichtigten in Moskau, es sei unbestreitbare Tatsache, daß die kommunistische Partei Österreichs auch nach dem 15. Juli nicht gewachsen ist, sondern sogar einige Rückschläge erlitten hat. Die Sozialdemokratie hat ihren Einfluß nach dem 15. Juli sowohl in der Arbeiterklasse als auch im Kleinbürgertum sogar noch vergrößert. (Internationale Arbeiterkorrespondenz, Seite 1566.) Man begreift, daß nach diesen schmerzlichen Berichten Bucharin sehr erbost über den „Austromarxismus“ war, weil es den österreichischen Genossen gelungen ist, die Einheit der österreichischen Arbeiterklasse zu erhalten, die Zersplitterung ihrer Kräfte zu verhindern. Denn allerdings, wenn man der Meinung ist, es müsse und solle den Arbeitern immer schlechter gehen, damit sie nur recht revolutioniert werden, dann ist man es ganz folgerichtig für Verbrechen und Betrug an der Arbeiterklasse, ihr die Kraft zu erhalten, die aus der Einheit fließt, die Kraft, die ihre immer tiefere Verelendung vermindert.

Die Parlamentswahlen in Schweden

Die jüngste Entwicklung der schwedischen Arbeiterbewegung
Von Paul Dörberg, Berlin

Gegenwärtig finden in Schweden die Parlamentswahlen statt, d. h. zur Zweiten Kammer. Es ist daher von besonderem Interesse, eine klare Vorstellung über die jüngste Entwicklung der schwedischen Arbeiterbewegung und ihre Aussichten zu bekommen. Ende 1925 zählte die Sozialdemokratische Partei 167 823 Mitglieder, die Kommunistische Partei 10 116; Ende 1926 die Sozialdemokratische Partei 189 122, die Kommunistische Partei 11 883 Mitglieder.

Die Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages 1924 hatten folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 726 407 Stimmen, Kommunisten 63 601 Stimmen.

Bei den Wahlen zu den Landstingen (Provinzvertretungen) 1926 war das Resultat wie folgt: Sozialdemokraten 457 915 Stimmen, Kommunisten 40 109 Stimmen.

Die sogenannten Elektorenwahlen der sechs größten Städte brachten in den Jahren 1926/27 den Sozialdemokraten 118 651 Stimmen und den Kommunisten 20 220 Stimmen.

Ueber das schwedische Wahlsystem ist zu bemerken, daß die Landstingen und die Elektoren der sechs größten Städte zusammen die Wählerverfassungen für die Erste Kammer des Reichstages bilden.

Ein deutlicheres Bild über die Entwicklung der Partei-Verhältnisse gibt der nachstehende interessante Vergleich zwischen den Landstings- und Elektorenwahlen 1922 und 1926:

	1922	1926
Sozialdemokraten	457 915 Stimmen	457 915 Stimmen
Kommunisten	40 109 Stimmen	39 006
Landstingswahlen	457 915 Stimmen	287 119
		+ 170 796 Stimmen
Kommunisten	40 109 Stimmen	39 006
		+ 1 103 Stimmen
Elektorenwahlen	118 651 Stimmen	90 121
		+ 28 530 Stimmen
Kommunisten	20 220 Stimmen	9 365
		+ 10 855 Stimmen

Der Kommunistenzuwachs erfolgte fast ausschließlich in Stockholm und Gothenburg; er war also eine lokale Erscheinung und hauptsächlich auf die dauernde Arbeitslosigkeit zurückzuführen, die gegen die sozialdemokratische Kommunalverwaltung der beiden Städte von den Kommunisten höchst demagogisch ausgeschlachtet wurde. Die Mandate im letzten Reichstag wurden folgendermaßen verteilt: In der Zweiten Kammer hatten die Sozialdemokraten 105 Mandate die Kommunisten 4 Mandate; in der Ersten Kammer die Sozialdemokraten 52, die Kommunisten 1. Insgesamt hat die Zweite Kammer 230 Mitglieder, die Erste 150. Das Mandatsverhältnis in den Provinzvertretungen und unter den Elektoren war wie folgt: Sozialdemokraten 545, Kommunisten 26.

Im Jahre 1917 wurde die schwedische sozialdemokratische Arbeiterpartei einer linkssozialistischen Spaltung ausgesetzt. Im Jahre 1921 wurde die neugebildete linkssozialistische Partei unter dem Druck der Sozialdemokraten gespalten. Aus der katastrophalen Taktik Moskaus haben glücklicherweise viele schwedische Kommunisten manches gelernt. Im Jahre 1924 wurde die kommunistische Partei Schwedens gespalten. Die Minderheit der Richtung Höglund ist aus der Partei ausgetreten, während die Richtung Kilbom (in Schweden Döjnen genannt) die Majorität eroberte. Die gegenwärtige kommunistische Partei Schwedens ist also aus Döjnen zusammengesetzt. Genau so, wie im Jahre 1927 die Minderheit der Linkssozialisten, so ist auch im Jahre 1926 die Höglundrichtung zu der Sozialdemokratie übergetreten.

Im Jahre 1920 zählte die Sozialdemokratische Partei 43 090 Mitglieder, 1921: 134 733; 1922: 133 042; 1923: 138 510; 1924: 153 187; 1925: 167 823; 1926: 189 122 Mitglieder.

Im Jahre 1926 fungierten im Lande 1309 Ortsgruppen.

Wie in allen anderen Ländern rügten die schwedischen Adepten Moskaus 90 Prozent ihrer Agitation gegen die Sozialdemokratie. Dabei verließen sie, Lenins Lehre getreu, insbesondere den schlimmsten Verdacht gegen die Führer der sozialistischen Arbeiterbewegung zu erregen. Daß sie damit den bürgerlichen Parteien die größten Dienste erweisen und die Sache der Arbeiterklasse im höchsten Maße schädigen, liegt auf der Hand. Diese Taktik ist bei den Wahlen umso unverantwortlicher, wenn man bedenkt, daß die bürgerlichen Parteien Schwedens einen Flok gegen die Sozialdemokratische Partei bilden, und daß die Partei daher dieses Mal einen ganz besonders schweren Wahlkampf zu führen hat. Trotzdem sieht sich die Sozialdemokratische Partei veranlaßt, bei der Wahlkampagne in einzelnen Fällen in gemeinsam mit den Kommunisten vorzugehen, um dem geschlossenen Bürgerblock eine Niederlage zu bereiten.

Zurzeit gestaltet sich das Parteiverhältnis in der Zweiten Kammer folgendermaßen: Sozialdemokraten 105, Kommunisten 4, Rechte 65, der Bauernbund 23, die Freisinnigen 29, die Liberalen 4. Der Sozialdemokratie fehlen, um die Mehrheit zu erlangen, elf Mandate, ohne die Kommunisten gerechnet, und nur sieben mit den Kommunisten. Bis jetzt hat das proportionale Wahlsystem Schwedens keine feste Mehrheit in der Zweiten Kammer schaffen können. Daher war die Regierung stets von den kleinen Parteien abhängig. In den letzten zwei Jahren wurde sogar die Regierung von den Minderheiten der Liberalen und des Bauernbundes gebildet, wobei das Kabinett bald auf die Unterstützung der Rechten, bald auf die der Sozialdemokraten angewiesen war. Nunmehr sollen die Wahlen eine feste Majorität bringen.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag, der Anfang Juni in Stockholm stattfand, ist eine Entschlieung gefaßt worden, wonach dem Parteivorstand freie Hand gegeben wird bei der Frage der Regierungsbildung. Die Partei dürfe nicht nur eine rein sozialistische Regierung bilden, sondern auch an einer Regierung sich beteiligen mit Unterstützung einer bürgerlichen Minderheit. Jedenfalls habe die Partei die Pflicht, programmatische Forderungen in weitgehendem Sinne durchzuführen. In erster Linie steht die Forderung auf Abschaffung der Ersten Kammer. Darüber sind besonders heftige Kämpfe zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien zu erwarten. Ferner eine Sozialpolitik auf breiter Grundlage betrieben werden. Die Abschaffung soll fortgesetzt und die Einkommensteuer herabgesetzt werden.

Mandatsverluste in Schweden

Trotz Steigerung der sozialistischen Stimmen
In Schweden fanden am 15. und 16. September bis auf Stockholm die Wahlen zur zweiten Kammer statt. In der Landeshauptstadt wird erst am 21. d. Mis. gewählt. Das dortige Ergebnis dürfte aber an dem Gesamtergebnis kaum noch etwas ändern, so daß die zu verzeichnende Stärkung der Rechten und ein nicht unbedeutender Rückgang der Sozialdemokratie als gegebenes Faktum betrachtet werden muß.

Die drei letzten Wahlen zur zweiten Kammer hatten folgendes Ergebnis:

	1921	1924	1925
Konservative	62	65	87
Bauernbund	21	23	26
Liberalen	—	4	3
Folkspartei	41	29	27
Sozialdemokraten	99	105	83
Kommunisten	7	4	6
	230	230	212

Die Tabelle ergibt nach dem vorläufigen Resultat ohne Stockholm einen Rückgang der sozialdemokratischen Mandate von 108 auf 83. Von den 18 in der schwedischen Hauptstadt zu wählenden Abgeordneten werden voraussichtlich noch acht auf die Sozialdemokratie entfallen, so daß ein Gesamtverlust

von 14 sozialdemokratischen Mandaten zu verzeichnen wäre, während die Mandatsziffer der Kommunisten sich einschließlich Stockholm von 4 auf 7 steigern dürfte. Die Konservativen werden voraussichtlich statt bisher 65 insgesamt 75 Mandate erhalten. Der verhältnismäßig starke Rückgang der sozialistischen Mandate ist trotz einer Steigerung der Stimmziffern von 651 543 im Jahre 1924 auf 761 346 bei den diesjährigen Wahlen zu verzeichnen.

Die starke Steigerung der bürgerlichen Stimmen ist zweifellos auf die von der bürgerlichen Presse wochenlang gepredigte „sozialistische Gefahr“ zurückzuführen. Eine ganze Anzahl an sich unbedeutender Vorfälle, wie die Verhaftung sowjetischer Presse- und Handelsvertreter in Stockholm, die Marine-Mandöver der Sowjet-Flotte in schwedischen Gewässern und ähnliche Vorkommnisse wurden von dem Bürgertum stimmungsgemäß gegen die „kommunistenfreundliche“ Sozialdemokratie ausgebeutet. Auch ein von dem bisherigen vorkapitalistischen Ministerkabinet Edman auf sozialistische Initiative hin eingeleitetes Gesetz, das jedes Erbrecht auf Verwandte zweiten Grades nur noch in aufsteigender Linie, also nicht für Vetter, und Wasen gelten läßt, dürfte die bauerliche Bevölkerung nach rechts getrieben haben.

Schweden ist also vorläufig von der erwarteten sozialistischen Mehrheit „verschont“ geblieben. Wahrscheinlich wird ein bürgerliches Ministerkabinet auch weiterhin die Geschicke des Landes im Interesse der vorübergehend aufgerichteten Spießbürger leiten.

Die Vollversammlung arbeitet auf

Genf, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Vollversammlung des Völkerbundes, die am Dienstag wieder zusammentrat, erledigte acht Tagesordnungspunkte fast ohne jede Diskussion. Die Vorschläge der einzelnen Kommissionen wurden gebilligt.

Im Stadium der Vorbereitung befindet sich ein sinnlicher Antrag auf finanzielle Unterstützung eines angegriffenen Staates. Hier entschied die Versammlung, den Finanzexperten die weitere Klärung der schwierigen Materie anzupfehlen. Ist der Konventionsskizzenentwurf der Finanz- und Sicherheitskommission fertig, dann soll er zunächst den Regierungen zur Stellungnahme überhandt werden. Angenommen wurde ferner ein Bericht über den Stand der Anstellung der kleinen asiatischen Flüchtlinge in Griechenland und über die Stabilisierungsanstrengungen Griechenlands. 171 000 Familien sind seit 1923 von der Flüchtlingskommission angegliedert, 76 000 Häuser erbaut worden. Das große Werk nähert sich seinem Abschluß.

Der Bericht über die Sklavereikommission wurde ebenfalls in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso der Bericht über die Mandate. Dagegen wurde die vom Rat der Versammlung zugewiesene Frage der armenischen Flüchtlinge an den Budgetausschuß verwiesen; sie soll aber noch in dieser Tagung endgültig erledigt werden.

Beschließung der internationalen Handelskonferenz

Genf, 18. September. (Eig. Drahtbericht.) In der Budgetkommission des Völkerbundes erschienen am Dienstag Loucheur und Breitscheid als Beauftragte der Wirtschaftskommission, um einen zusätzlichen Kredit von 15 000 Franken zu fordern. Loucheur teilte mit, daß man sich entschlossen habe, die Arbeit des industriellen Komitees im nächsten Jahre zu beschränken, die geplante internationale Handelskonferenz und die Veterinärkonferenz zu verschieben sowie zwei Tagungen der Folgeexperten ausfallen zu lassen, um mit den vorhandenen Mitteln die geplanten Konferenzen über die Zucker- und Kohlefrage sowie die Untersuchungen über den Alkoholsmuggel zu ermöglichen. Die Budgetkommission bewilligte nach warmer Empfehlung durch Deutschland, Österreich, Finnland und andere Länder die geforderten 15 000 Franken.

Das Budget des Internationalen Arbeitsamtes wurde nach nochmaligem scharfen Wortwechsel zwischen Thomas, dem Norweger, und dem Indianer schließlich ohne Streikungen angenommen. Dem Norweger muß zugestanden werden, daß seine Behauptung, die Beamtenzahl des Internationalen Arbeitsamtes sei nicht unparteilich international zusammengefaßt, durch die zahlenmäßigen Angaben, daß sich unter den Beamten 95 Franzosen, 75 Briten und nur 85 andere Beamte befinden, gerechtfertigt wird.

Verstaatlichung des argentinischen Petroleums

Buenos Aires, 18. September. (Eig. Drahtbericht.) Das argentinische Parlament hat mit erheblicher Mehrheit einem Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilt, der die staatliche Bewirtschaftung sämtlicher argentinischer Ölfelder vorseht. Die argentinische Regierung befreit bereits jetzt vier Fünftel der gesamten Ölproduktion des Landes.

Wahlvorbereitungen in England

London, 18. September. (Eig. Drahtbericht.) Der britische Innenminister hat mit einem Erlaß, der die Formalitäten der Eintragung der erweiterten britischen Wählerliste festsetzt, den ersten offiziellen Schritt zur Vorbereitung der kommenden Neuwahlen getan. Da der Innenminister das Versäumnis, sich einzutragen, mit einer Strafe von 400 Pfund bedroht, kann von einem amtlichen Anmeldezwang gesprochen werden. Eine bemerkenswerte und acht englische Einzelheiten des Erlasses besteht darin, daß die neu einzutragenden weiblichen Wähler nicht nach ihrem Alter gefragt werden dürfen. Sie haben lediglich die Frage, ob sie 21 Jahre oder älter seien, mit Ja oder Nein zu beantworten.

Neue Kämpfe in China

Schwere Kämpfe zwischen den Nationalisten und der Schantungarmee

London, 19. September. Die Kette der Schantungarmee, die bisher den vorrückenden Nationalisten auswichen, ohne auch nur den Versuch des Widerstandes zu machen, haben sich am Sonntag zum Kampf gestellt. Der Kampf soll sehr heftig gewesen sein und große Verluste auf beiden Seiten gebracht haben. Die Ausländer in Peitaihoa sind nach Tschinwangtao gebracht worden, wo ihnen der Schutz der Flotte gewährt werden kann.

Vermischtes

Schweres Autobusunglück bei Warschau

Auf der Chaussee zwischen Warschau und Pulawsk ist am Dienstag ein mit 16 Personen besetzter Autobus durch die Schuld des 17jährigen Chauffeurs schwer verunglückt; wobei zwölf Personen lebensgefährlich verletzt wurden. Der Autobus stieß mit einem Radfahrer zusammen, überfuhr ihn, verlor die Steuerung und stürzte in einen Chausseegraben.

Radiumquelle in Ostböhmen

Auf Grund von Angaben eines Brünner Professors hat eine Kommission die Quellen im Kefferbrunn in Gullisch (Ostböhmen) auf ihren Radiumgehalt untersucht. Die Nachforschungen hatten auf ihren Radiumgehalt unterlucht. Nach vor der Nachprüfung im Laboratorium konnten 160 bis 200 Radiumeinheiten festgestellt werden. Die heilwirkende Kraft der Quellen ist im Volksmund schon seit langem bekannt, nur schrieb der Volksglaube die Heilwirkung der Quellen, die am sogenannten Muttergottesberg entspringen, der Wunderfähigkeit der Mutter Gottes zu. Die Quellen wurden alljährlich von Tausenden von Wallfahrern besucht.

So urteilt Amerika über den Circus!

Südamerika: Dr. Alvear, Präsident der Republik Argentinien, begrüßte SARRASANI mit den Worten: „Ich begrüße Ihr Unternehmen als einen Gewinn nicht nur für die Stadt Buenos Aires, sondern für das ganze Land.“

Nordamerika: Mayor Ashley, Bürgermeister von New Bedford (Mass.) in einer Sitzung der Schuldeputation: „Wenn ein Circus in der Stadt war, besuchte ich nie die Schule. Es gibt nichts, was erzieherisch wertvoller ist als ein moderner Circus. Schon Ankunft und Aufbau des Circus ist eine Lektion. Ich stimme für einen ganz schulfreien Tag, wenn der Circus kommt.“

Wann wird man in Deutschland solche Stimmen hören? 7502

SARRASANI

Eröffnung Breslau: **21.** September! Freitag, 7.30 Uhr, Platz a. d. Feskhalle

Stadt-Theater
(Opernhaus).
Mittwoch 20 bis 22.30:
2 Abom. „Post Serie B“
„Das Rheingold“
Donnerstag 21 bis 23:
19.30 bis gegen 23:
2 Abom. „Post Serie E“
„Carmen“
Freitag
20 bis nach 22.30:
2 Abom. „Post Serie C“
„Der Waffenschmied“.

Schauspielhaus
Operettenbühne - Tel. 36300
Täglich 20 Uhr:
Der Räuber der Seidenstraße!
„Brinzellin“
21-22-23
Sonntag nachm. 15.15 Uhr:
„Der Zarewitsch“

LIEBICH- THEATER
Tägl. 20 Uhr: Das große
Varieté-Eröffnungs- Progr.
Probe ab 50 Pf. 13035
Tel. 33040

Luna-Park
Breslau-Morgen
Tel. 55604
Heute Mittwoch:
Verkehrter Ball
Morgen Donnerstag ab 4 Uhr:
Bunter Nachmittag
Täglich Tanz mit

Upha-Theater
Lustspiel
Schnitzg. 8. Tel. 36747
Mittwoch bis einjährl.
Freitag, 20 Uhr:
Letzte Aufführungen
des großen Feiertags-
erfolges!
„Hofinspotus“
von Carl Goetz.
Sonntag 20 Uhr:
Reinigungszensur
„Der lebende
Leichnam“
Drama von Leo Tolstoi

Victoria-
Theater Tel. 8 1/2 Uhr
Ab heute Bühnen-
Lustspiel - Schlager
Im untern
Bett
oder Jan Jan
des 7.29
Nachtwächters
Hauptrolle: Efr.
Herrens
Jugendliche verboten

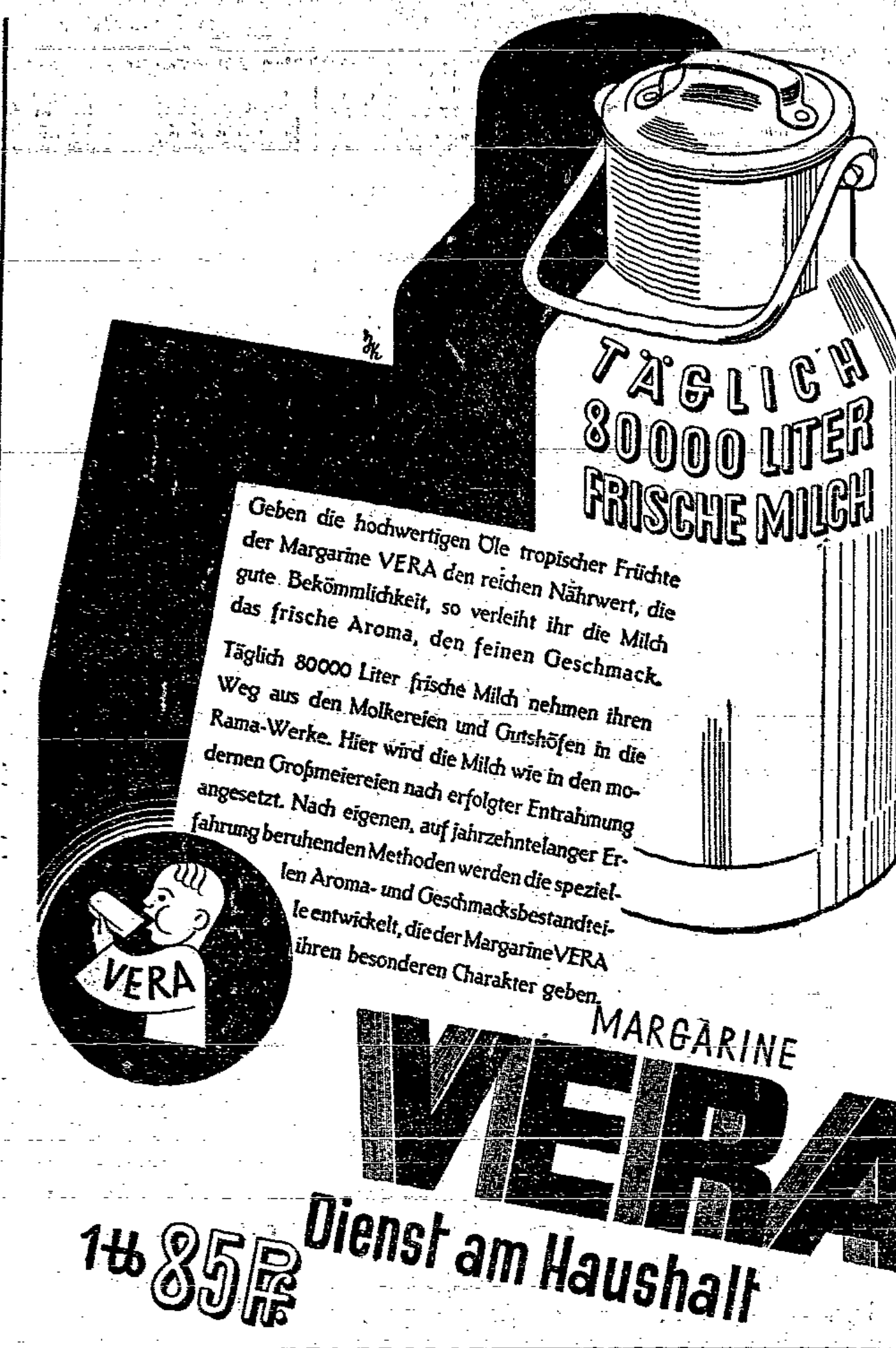
Bürgerpark Kriern
Endstation der Linie 2 (Südpark)
Heute Mittwoch: 758
Verkehrter Ball!
Jeden Sonntag: **TANZ**

Uphä-Theater
(Tel. 36747) 7479
Mittwoch bis einjährl.
Freitag, 20 Uhr:
Letzte Aufführungen!
Arm wie eine
Kirchweibens
Lustspiel
von Sebastian Faber.
Sonntag 20 Uhr:
Jamerker Kater!
Der Prozeß
Mary Dugan
Gibt in 3 Akten
von August Strindberg.

Schranf 7501
120 breit, in Kiefern und
Kieferholz, mit dem wich-
tigsten kriegstechnischen
und dem Böhms 1.00 Mk.
Hüschners
Deutscher Reichsbank
Verzeichnis sämtl. Reichsbank-
abgebend mit dem wich-
tigsten kriegstechnischen
und dem Böhms 1.00 Mk.
Hilfskraft - Buchdruck
Breslau, N. Grapenstraße 5
Neue Taschenstraße 11
Flurstraße 4

Bräuers Festsäle
Gabelstraße 22 in: Paul Graser
Heute Mittwoch: 7497
Verkehrter Rosenball
Für jede Dame eine Rose

Druckerei Dollwacht Herstellung
aller Druckarbeiten
Breslau 2 Glückstraße 4/6
Neu eröffnet!
Leihhaus borgt auf Pfänder
in jeder Höhe
Leihhaus Gräustraße 8



Geben die hochwertigen Öle tropischer Früchte der Margarine VERA den reichen Nährwert, die gute Bekömmlichkeit, so verleiht ihr die Milch das frische Aroma, den feinen Geschmack. Täglich 80000 Liter frische Milch nehmen ihren Weg aus den Molkereien und Gutsböfen in die Rama-Werke. Hier wird die Milch wie in den modernen Großmeiereien nach erfolgter Entrahmung angesetzt. Nach eigenen, auf jahrzehntelanger Erfahrung beruhenden Methoden werden die spezielle Aroma- und Geschmacksbestandteile entwickelt, die der Margarine VERA ihren besonderen Charakter geben.

MARGARINE VERA
1 + 85 Pf Dienst am Haushalt

Aus der bekannten
Balzac-Ausgabe
in der Uebersetzung
von Hans Jacob
Lefery wir wieder
„Beatrix“
zum Gelegenheitspreis v. Mk. 1.50
Volksbuchhandlungen Breslau
Neue Grapenstraße 5
Neue Taschenstraße 11 - Flurstraße 4
auch durch alle Zeitungsstellen

Moderne Metallbetten
für Erwachsene
und Kinder
Reiche Auswahl
besten deutscher
Fabrikate!
Bettfedern, Daunens,
Polstermatratzen
aus eigener Werkstatt!
Wielochowski
Breslau, Gießerstraße

Das billige kunsthistorische Buch!

Brieger: Das Aquarell. Seine Geschichte und seine Meister. Mit 200 Abbildungen . . . 1/2 Ln., statt 20.00 **7.00**
Stein: Raffael 1/2 Ln., statt 4.00 **2.00**

Diez: Einführung in die Kunst des Offens 1/2 Ln. **2.25**
Mit 73 Abbildungen

Studelsberger: Allchinesische Liebeskomödien. Mit vielen Abbildungen Or.-Seidenbd. **7.00**
Witt: Buddhistische Plastik in Japan **10.00**
Struck-Zweig: Das Ostjüdische Antlitz. Mit 52 Zeichnungen Ln. **6.50**, 1/2 Ln. **4.50**
Stromentin: Die alten Meister. (Belgien-Holland) Mit 40 Abbildungen 1/2 Ldr. **4.00**, 1/2 Ln. **2.50**
Kunsmans: Mathias Grünewald Ln. **4.50**
Michelangelo: Die Handzeichnungen des M. Mit vielen Abbildungen **3.00**
Schellenberg: Dürers Apokalypse. Mit 49 Abb., 1/2 Ln. **3.00**
Kensy: Der Weg zum Kubismus Ln. **3.00**

Franz Masereel von Arthur Holtscher und Stefan Zweig. Mit vielen Holzschnitten . Ln. **6.00**

Graphiker der Gegenwart. 102 Reproduktionen von Orlik, Slivogt, Zorn u. a. 1/2 Ln. **1.50**
Wilhelm Leibl: Sein Leben und sein Schaffen. Mit 48 Tafeln 1/2 Ln. **3.50**
Späster: Der junge Dürer. Mit vielen Reproduktionen 1/2 Ldr. **5.00**
Scedde: Die Burg von Athen. Mit vielen Abb. Ln. **3.00**
Thoma: Die Handzeichnungen von Hans T. Herausgegeben von Storck. Mit 100 Abbildungen . . . 1/2 Ln. **10.00**
Schultz: Allgemeine Kunstgeschichte der Renaissance. 2 Bde. Mit 733 Abbildungen 1/2 Ldr. **24.00**
Loewenstein: Die Handzeichnungen der japanischen Holzschnittmeister. Mit 33 Tafeln 1/2 Ln. **2.50**
Rembrandts Radierungen. Herausgegeben von Singer. 3 1/2 Ln.-Mappen. Das gesamte graphische Werk R. in Or.-Größe. reproduziert statt 150.00 **50.00**
Stein: Herausgegeben von O. Zoff. Mit Abb. 1/2 Ldr. **4.00**

Zu beziehen durch die
Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Modernes Antiquariat
Neue Grapenstraße 5 * Neue Taschenstraße 11 * Flurstraße 4/6
Dortselbst finden Sie Kunsthistorika über alle Spezialgebiete zu Gelegenheitspreisen!

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 19. September 1928.

Parteimitglieder - Versammlung

Montag, den 24. September, 20 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Referent: Genosse Mag. Seydewitz-Zwidau.

Die hüpfende Kamme

Bez in den letzten Wochen Gelegenheit hatte, die Straßenbauarbeiten auf der Friedrich-Ebert-Straße zu verfolgen, dem wurde der Segen und das Uebel der Rationalisierung sehr deutlich vor Augen geführt. Als die Grundarbeiten erledigt waren, erschienen die Steinseher, die so schön immer einen Stein neben den anderen legen, als wenn es eine kleine Spielerei wäre. Ihnen folgten die bekannten Kammer, die muskulösen Gestalten, die unter lustigem Klang zu vier Mann im gleichen Tempo ihre Kamme vom Stein heben, um sie wieder auf den nächsten Stein fallen zu lassen. Die Arbeit ist nicht leicht, deshalb sind diese Arbeiter wenig bekleidet und bunte karierte Knüpftücher flattern am Leib, jederzeit zum Trocknen des Schweißes bereit. Ein altbekanntes Bild.

Da erscheint ein neuer Kammer, in einen blauen Monteuranzug gekleidet, eine kleine Ledertasche auf dem Rücken, steht er vor einem eigenartigen Instrument. Eine Verbindungsschnur läuft von der Ledertasche zu dem Apparat, der einer Kamme ähnlich, die mit einer Hülse versehen, und auf deren oberem Ende ein Knopf sitzt. Ein Hebeldruck, der komische Apparat beginnt zu hüpfen, ohne Pause von dem Manne im Monteuranzug dirigiert. Nicht so lustig wie bei den 4 Kammer, aber schneller und ohne Anstrengung scheint er soviel zu schaffen, wie die 4 Handarbeiter zusammen.

Das Ganze ist im Prinzip eine Kamme, verbunden mit einem Explosionsmotor, durch Hebeldruck zur Entzündung gebracht. Während des Hüpfens wird er nach der nächsten Stelle gedrückt.

Vier Handarbeiter gegen 1 Mann mit einer Maschine. Vier Schwerarbeiter müssen sich mühen, um denselben zu schaffen, was der eine ohne besondere Anstrengung macht. Vielleicht ist die Maschine noch unvollkommen, vielleicht muß sie bald wieder verschwinden, weil sie sich nicht bewährt, aber sie kommt wieder, verbessert und am Ende behält sie doch den Sieg gegen den Menschen.

Ein typisches Zeichen der Rationalisierung; der Kampf der Maschine gegen den Menschen. Ein Sieg über die mühselige Handarbeit, der sich für die Menschheit zum Segen auswirken könnte, wenn wir nicht im Kapitalismus leben würden. Hier wird das Endergebnis die Entlassung von mindestens 3 Arbeitern sein. Dieser Sieg wird sich zum Segen für die Menschheit auswirken, wenn wir erst diese rückständige Wirtschaftsform durch die Arbeiterbewegung im Klassenkampf zur höheren Lebensform, zum Sozialismus erkämpft haben werden. M. K.

Die Beerdigung des Genossen Ernst Bernhart

erfolgt Freitag nachmittag 4 Uhr auf dem neuen Friedhof in Gräbchen von der Halle des Krematoriums aus.

Soll der Arbeiter Stenographie lernen?

Was den Arbeiter erst zum Kulturmenschen macht, ist, daß er lebendigen Anteil nimmt an dem, was der Mensch geistig hervorbringt hat in den Jahrtausenden des menschlichen Seins. Große Gebiete geistiger Kultur werden uns heute noch vorenthalten und vom Kapital in seinem Sonderinteresse verwertet. Das gilt auch von der Schrift, deren Bedeutung noch nicht richtig erkannt worden ist. Große Gebiete des geistigen Lebens aus Wissenschaft und Kunst werden uns erst durch die Schrift nahe gebracht und unsern Verständnis erschlossen. Die Ursachen sozialer Erscheinungen werden durch sie klar gelegt, sie bringt Ideen, „ins Rollen“ und ist das treibende Element in dieser gewaltigen geistigen Revolution. Man braucht das Schreiben beim Lesen, um Gedanken zu sammeln und zu ordnen und im Zusammenhang zu erfassen. Ein Teil unserer Bildung, unseres Lebens- und Existenzkampfes ist mit Schreiben verbunden; wir brauchen es, um die eigene Persönlichkeit durch Wissen und Bildung zu bereichern, um sie als vollwertiges Glied in den Kampf stellen zu können. Aber die heutige, Jahrtausende alte Schrift ist so schwerfällig, daß sie der geflügelten Gedankenwelt nicht zu folgen vermag. Dazu kommen noch ungeschickte Mängel in der Rechtschreibung. So übt sie einen zerstörenden Einfluß auf die Vernunft aus und hält ganz zu Unrecht viele von der Erlernung der modernen Schrift der Stenographie ab, weil auch darüber ganz falsche Vorstellungen herrschen. Daß die Stenographie schwer zu erlernen sei, dagegen spricht schon der kurze Lehrgang von nur einigen Wochen. Schriftkundige Arbeiter wollen nun auch ihren Klassengenossen diese Schrift beibringen. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. In zwangloser Arbeitsgemeinschaft, an der Frauen, Männer und Jugendliche gemeinsam teilnehmen, veranstaltet die Ortsgruppe Breslau des Arbeiter-Verbands „Freie Arbeitervereine“ neue Anfängerkurse, zu denen sich noch Teilnehmer melden können. Beginn: Donnerstag, den 20. und Freitag, den 21. September, abends 7 Uhr, Zimmer 5, 1. Stock im Zwinger Gymnasium. Kursbeitrag einsech. Lehrmittel 5 Mark. Dauer 13 Abende.

Betriebs-Vertrauensleute!

Sorgt für Abholung des „Betriebs-Geh.“. Kein Kollege darf ohne das „Geh.“ bleiben!

Kraftomnibusfahrten in das schlesische Gebirge

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß Sonnabend, den 22. September, wiederum eine Kraftomnibusfahrt in das Schieferal zur Talperre Rynau (Kaffee) und zur Rynsburg (Festigung) stattfindet. Abfahrt 13 1/2 Uhr vom Lauenzienplatz, Rückfahrt 18 Uhr. Fahrkarte für Hin- und Rückfahrt zum Preise von 7.10 Mark sind in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Breslau im Hauptbahnhof Verkehrshalle werktäglich von 8 bis 18 Uhr zu haben.

Sonntag, den 23. September, findet voraussichtlich zum letzten Male in diesem Jahre die beliebte Burgenfahrt statt mit Besichtigung des Schlosses Fürstenstein, der Volkburg, der Schweinhäuserburg und der Ruine Rimmerlath. Abfahrt 6 Uhr morgens vom Lauenzienplatz. Fahrkarte für Hin- und Rückfahrt zum Preise von 6.00 Mark in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins.

Sozialistischer Schulungskursus

Donnerstag abend findet der Kursus nur im „Kassenhof“ statt. Der Kursus im Adolfsplatz findet diesmal ausnahmsweise Freitag statt.

Hindenburg in Breslau

Die Breslauer sind diese Woche glücklich, denn es gibt viel zu sehen. Gestern und heute Hindenburg und morgen Sarrazani, die schönste Schau zweier Welten. Und gestern schon haben sie sich der alten Volkstradition treu gezeigt, in Scharen dorthin zu laufen, wo es etwas zu sehen gibt. So kamen sie alle, ob sie Hindenburg gewählt, oder ihn nicht gewählt hatten. Wohl hunderttausend Menschen, zum großen Teil von auswärts, bevölkerten die Straßen, die er durchfuhr und auch die Befürchtungen amtlicher Stellen vom Tage zuvor, daß nicht die angemessene Zahl von Teilnehmern zum Fackelpalast aufmarschieren werde, hat sich als grundlos erwiesen, denn von auswärts rückten die geladenen Verstärkungen in großen Trupps heran. „Ich muß doch mal lähn, ob a so ausieht wie uffm Bilde,“ hörten wir eine ältere Frau sagen, die wohl damit der Massenstimmung am deutlichsten Ausdruck verlieh. Und in der Tat, er sah so aus, wie auf den Bildern. Im Auto sitzend, sah man ihm die achtzig Jahre kaum an. Bierartige Gesichtszüge und ein kräftiges Genid ließen den willensstarken Mann erkennen, dem man es sehr wohl ansehen konnte, daß er einst im Kriege mit Menschen ebenso rechnete, wie mit Pferden und totem Material, daß er der herrschenden Kaste Deutschlands unter Einfluß von Opfern jeder Art und Zahl den Sieg verschafft hätte, wenn nicht die anderen am Ende noch mehr Menschen und Material einzusetzen gehabt hätten. Nach Verlassen des Wagens aber merkte man seinen Schritten doch das Alter an, und die Beschwerden, die ihm die vielen Reisen verursachen mögen.

Der ganze Besuch widmete sich programmäßig ab. Am Bahnhof Empfang durch die Spitzen der Behörden, Ehrenkompanie Reichswehr und Ehrenbereitschaft der Schutzpolizei. Dann langsame Fahrt mit 10 bis 15 Kilometer Geschwindigkeit bis zum Oberpräsidium. Dort zunächst gesonderter Empfang durch den Breslauer Fürstbischof, der als Prince d'église nach kirchlicher Rangordnung der erste von allen anderen ist. Dann Vorstellung von etwa vierzig Persönlichkeiten aus Breslau und der Provinz, und schließlich unter Fanfaren Eintritt in den Empfangssaal. Herren verneigten sich und alsbald begannen die Reden. Von Rundfunkhörern wird uns mitgeteilt, daß die zweifelslos gute Rede des Oberpräsidenten infolge fortgesetzter Störungen nur bruchstückweise zu verstehen gewesen sei, während man von Hindenburg jedes Wort verstanden habe. Man schiebt die Schuld der Sendeleitung zu, doch möchten wir eher annehmen, daß „nationale“ Rückkoppler die Störungen verursacht haben. Sollte letzteres der Fall sein, dann müssen manche Hörer auch den Oberpräsidenten gut verstanden haben. Zur näheren Feststellung des Sachverhalts bitten wir Te hiesigen und auswärtigen Leser der „Volkswacht“, soweit sie dem Empfang durch den Rundfunk lauschten, um Mitteilung, ob sie den Oberpräsidenten zu verstehen vermochten. Bei Hindenburg fiel auf, daß er trotz seines Alters dem Manuskript seiner Rede noch ohne Brille zu folgen vermochte. Allerdings pflegen Hindenburgs Reden in entsprechend großen Buchstaben niedergeschrieben zu sein. Der persönliche Eindruck, den der hochbetagte Herr beim Empfange machte, war schlicht und einfach. Nach seiner Rede erfolgte ein Hoch und der Gesang des Deutschlandliedes, dann ging er still hinaus, um sich in gleicher Art im Landeshause zu zeigen.

Oberpräsident Büdemann

führte in seiner Begrüßungsansprache nach einleitenden Worten unter anderem folgendes aus:

„Sie kommen zu einem Zeitpunkt, in dem nach einer langen Zeit der Not und der Ungewißheit eine langsame, aber stetige Stabilisierung aller Verhältnisse in Deutschland deutlich erkennbar ist. In politischer Hinsicht sehen wir eine zunehmende Festigung. Die neue Staatsform hat sich durchgesetzt, immer neue Massen finden — hier in Schlesien wie im ganzen Reich — Verständnis für das Wesen des demokratischen Verfassungslebens. Wenn auch manche Kreise in lauten Kundgebungen immer noch von Haß gegen die Republik und ihre höchsten Vertreter sprechen und die Gegebenheiten der heutigen politischen Gestaltung ablehnen, der Wille der Massen, Herr Reichspräsident, ist es, die Reichsverfassung und damit die hohe Stellung des Reichspräsidenten anzuerkennen. Ich bin davon überzeugt, daß dieser Wille durch Ihre Anwesenheit in Niederschlesien weiter gestärkt und das Vertrauen der gesamten Bevölkerung in die neue Ordnung eine weitere Festigung erfahren wird.“

Ganz anders liegen die Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiete. Während sonst überall eine Geyrdung und Erleichterung der wirtschaftlichen Kräfte zu verzeichnen ist, kann Schlesien sich von den Folgen des Krieges nur schwer erholen. Sie wissen, Herr Reichspräsident, daß diese Provinz ehemals durch die natürlichen Abnahmlichkeiten im Osten und Nordosten eine günstige Entwicklung genommen hat, daß ihre Wirtschaft vor dem Kriege in hoher Blüte stand. Dies hat sich grundlegend geändert.

Arbeiter-Bildungsausschuß Breslau

Am Mittwoch, den 26. September, abends 8 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine

Tolstoi-Gedächtnisfeier

statt. — Vortragsfolge: Russische Volkslieder, gesungen von Frau Rina Oberg, Begleitung Dr. Edmund Rüd, Vorlesung einer Erzählung von Tolstoi durch Regisseur Kunge, Vortrag: „Die Werke Leo Tolstois“ von Dr. Waldemar von Grambow. Eintritt 50 Pfennig, Erwerbslose und Jugendliche die Hälfte, nur an der Abendkasse. Eintrittskarten sind zu haben in den Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5, Neue Fackelstr. 11, Zimmer 2, Insteratennachmittags der „Volkswacht“, Marktstr. 155, in der Sportzentrale, Friedrich-Bühlstr. 69, Freie Volkshöhle, Albrechtstr. 32, Lottericeinnahme Lehnert, Am Sonnenplatz, im Gewerkschaftshaus; Restaurant und Kartellsekretariat der G. M., Zimmer 37, in der Arbeiter-Bibliothek und in den Gewerkschaftsbüros, sowie bei den Betriebsvertrauensleuten.

Durch den Kriegsschluß sind wertvolle Stüde eigenen Landes von der Provinz abgerissen. Schlesien ist politisch eine Halbinsel geworden, die in weiter Ausdehnung von neuen und fremden Staaten umschlossen ist. Durch die unnatürliche Grenzziehung sind die wichtigsten Zufahrtsstrassen und Eisenbahnlinien durchschnitten, weitreichende Handelsbeziehungen vernichtet worden. Die Verhältnisse bedingen das Entstehen eines großen Flüchtlingsstromes. Große Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot waren die Folge. Die Steuerkraft der Bevölkerung ist gesunken, die Leistungsfähigkeit der Selbstverwaltungskörper stark gemindert. Große Massen des Volkes leben unter kümmerlichen Bedingungen. Infolgedessen können viele soziale und kulturelle Einrichtungen den Gleichschritt mit dem Wesen und mit der Gesamtentwicklung des Reiches nicht halten und ringen schwer um ihre Existenz. Die Klagen namentlich des Breslauer Handels und der Breslauer Industrie über die verlorenen Absatzmärkte, die zu weiten und zu teuren Verkehrswege werden an Ihr Ohr klingen. Der berechtigete Wunsch nach beschleunigtem Abfluß von Handelsverträgen mit den angrenzenden Staaten wird Ihnen vorgebracht werden. Neben Handel und Gewerbe ist die Landwirtschaft durch die traurigen Verhältnisse in der Provinz stark in Mitleidenhaft gezogen. Die bedenklichste Erscheinung auf dem Lande ist die Landflucht, besonders bedenklich in einem Grenzgebiet. Unsere erste Aufgabe muß es gerade hier sein, den deutschen Mann auf der Scholle zu halten. Hier, Herr Reichspräsident, kann nur Siedlung helfen, Ansiedlung von Bauern und Siedlungsmachung von Landarbeitern durch Verbesserung ihrer Wohn- und Arbeitsbedingungen. Außerdem ist dringend erforderlich, durch umfangreiche Flußregulierungen den immer wiederkehrenden Hochwässern vorzubeugen und durch Meliorationen großen Stills der Landwirtschaft zu helfen.

Wenn man von den sozialen Nöten der Provinz Niederschlesien spricht, wird man in erster Linie auf die Not im Waldenburg Industriebezirk blicken, zu dem außer den Kreisen Waldenburg und Neudorf auch Teile des Kreises Landeshut gehören. Schlechte Abbauverhältnisse und andere ungünstige Bedingungen haben dort die niedrigsten Arbeiterlöhne Deutschlands zur Folge. Diese aber verursachen ein soziales Elend, das sich vor allem in großer Kindersterblichkeit und starker Tuberkuloseverbreitung zeigt.

Aber auch sonst, Herr Reichspräsident, werden Sie in der Provinz die schlechte Lage der arbeitenden Bevölkerung bemerken. Die Schlesier versuchen ja, dank ihrer Eigenschaften, die Ihnen, Herr Reichspräsident, aus eigener Anschauung bekannt sind, mit Ernst, Zähigkeit und Unternehmungslust die Wirtschaft wieder aufzubauen. Erstreulicherweise haben auch Staat und Reich begonnen, der notleidenden Provinz zu helfen. Diese Anstrengungen müssen jedoch vervielfacht werden, um zu wirklich fruchtbaren Ergebnissen zu führen.

Ihre Reise, Herr Reichspräsident, wird hoffentlich dazu beitragen, das Verständnis für Schlesiens Not im Deutschen Reich zu erhöhen. Sie selbst, Herr Reichspräsident, werden durch eigene Anschauung die Ueberzeugung gewinnen, daß unter den notleidenden Ostprovinzen neben dem unter Ihrer Führung befreiten und mit Recht stark geförderten Ostpreußen, neben der Grenzmark und Oberschlesien auch die Provinz Niederschlesien der besonderen Betreuung und Hilfe der Reichsregierung bedarf.

Große Erwartungen knüpfen sich so, Herr Reichspräsident, an Ihren Besuch. Sie werden nicht alle Hoffnungen stillen, nur wenig Leid lindern können, aber wenn sich nur ein kleiner Teil dessen, was man von Ihrer Einwirkung erwartet, erfüllen sollte, werden Sie hunderttausende, die in diesen Tagen auf Sie blicken, in ihrer Zuversicht stärken, dann werden Sie, der diese Provinz im Kriege vor Leiden schützte, sie für ihre friedlichen Aufgaben der Gegenwart mit neuem Mut erfüllen.“

Nach der Ansprache des Oberpräsidenten trat

Reichspräsident von Hindenburg

an das schwarz-rot-gold geschmückte Volk und nach Dankesworten für die Einladung führte er aus:

Ich weiß und habe es erneut gestern und heute bestätigt gefunden, daß Schlesien eine lange Leidenszeit hinter sich hat, und daß trotz aller inzwischen geleisteten Wiederaufbauarbeit und mancher in den letzten Jahren erzielten Fortschritte auch heute noch schwere Notstände auf den beiden Provinzen liegen. Auch im Herbst 1914 hingen die Völkern schwer über Schlesien, schwerer noch als heute, und ich selbst trug damals ernste Sorge um das Schicksal dieses Landes. Gegnerische Uebermacht hatte die Weichsel überschritten und meine Heereich bis dicht vor Warschau gelangten Truppen durch doppelte Umfassung dazu gezwungen, zunächst den Kopf zu neuem Lun aus der Schlinge zu ziehen. Wir mußten zu diesem Zweck auf die heimatische Grenze ausweichen, und die Räumung Schlesiens bis zur Oder, die Preisgabe und Zerstörung des Industriegebiets gehörten in das Gedenkbarer Möglichkeit. Nur durch den Entschluß, mit geringen Kräften die Grenze so lange zu halten, bis alle sonst irgend verfügbaren Truppen in der Linie Osnabrück-Thorn versammelt waren und von dort gegen die rechte Flanke des Feindes vorstießen, konnte das Uebel endgültig abgewendet werden. Lange und lange Tage hindurch bestand die Gefahr, daß die russische Uebermacht die an der Grenze verbliebenen schwachen Sicherheitstruppen überrannten und in Schlesien einbrechen konnte, bevor der befreundete Plankensloß fühlbar geworden war. Doch das Wagnis glückte: Durch die sich von Bockumel bis Lodz hinziehenden schweren Kämpfe gelang es, die russische Dampfwalze zum Stehen und Zurückgehen zu zwingen und Schlesien zu retten.

Meine Herren, so, wie wir in jenen schicksalsschweren Wochen nicht verzagten und, auf die in unserem tapferen Heer zusammengefaßte Kraft des deutschen Volkes vertrauend, das unbestimmte Schicksal zu unseren Günstigen meisterten, so wollen wir auch heute im Frieden uns auf uns selbst besinnen und an unsere Kräfte und unsern Können nicht zweifeln. Schwer sind die Leiden und die Schäden, die das Kriegsende und die böse Nachkriegszeit gerade in Schlesien geschlagen haben; Müde und Wohlstand der Provinz wurden zerstört, viele Existenzen wurden vernichtet, der Wiederaufbau wurde durch neue staatliche Schranken und weltwirtschaftliche Veränderungen erschwert. Aber wenn wir in Einigkeit zusammenstehen und unsere in Sturm und Notzeiten erprobte Kraft in einigen Wollen zusammenfassen, werden wir auch diese Schwierigkeiten überwinden und, wie damals im Herbst 1914, auch diese Notzeit bestehen. Helfen Sie, meine Herren, ein jeder an seinem Platze, dazu, über das Trennende der persönlichen Ansicht und des persönlichen Interesses die Einigkeit in allen lebenswichtigen Fragen unserer Nation zu stellen, und Sie werden Ihrer engeren Heimat wie unserem großen Vaterlande den besten Dienst erweisen. Nicht im Gegeneinander, sondern im Miteinander und Füreinander liegt die Gewähr für die Ueberwindung der gegenwärtigen Bedrängnisse und für die Erreichung einer besseren Zukunft.

Mit meiner dankbaren Anerkennung für alles, was hier in Niederschlesien an Wiederaufbauarbeit für den Kriege geleistet worden ist, verbinde ich den aufrichtigen Wunsch, daß die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Nöte, die diese Provinz auch heute noch bedrücken, bald behoben werden und Niederschlesien in friedlicher Entwicklung neuer Aufstiege beschienen ist. In dieser Hoffnung begrüße ich Sie, meine Herren, und mit Ihnen alle Bewohner dieser schönen Provinz herzlich!

Arbeit und Wirtschaft

Keine Einigung im Braunkohlenbergbau

Der Lohnstreit der Schlichtungskammer überwiesen

Die Parteiverhandlungen zur Neuregelung der Löhne, der Arbeitszeit und des Manteltarifes des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus, die am Montag in Berlin begannen, sind am Dienstag im Reichsarbeitsministerium zu Ende geführt worden. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Infolgedessen trat sofort die Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Ministerialrats Hauschild vom sächsischen Arbeitsministerium zusammen. Die Schlichterkammer ist diesmal auffallend stark. Sie umfaßt 14 Beisitzer. Der Streitstoff ist außerordentlich umfangreich. Es ist daher mit einem Abschluß der Schlichtungsverhandlungen vor Mittwoch abend nicht zu rechnen. Besprochen wurden am Dienstag bei den Schlichtungsverhandlungen die Arbeitszeitfrage und ein Teil der Lohnfrage.

Die Arbeitgeber haben weder für die Arbeitszeit noch für den Lohn irgendwelche Vorschläge gemacht — ein Zeichen, daß sie überhaupt nicht entgegenkommen wollen. Da, wo sie etwas vorgeschlagen haben, wollen sie die Arbeitsverhältnisse noch verschlechtern. So möchten sie die Gruppe der Jugendlichen mit drei Ferientagen von 17 bis zu 21 Jahren erweitern, d. h. einem Teil der Jugendlichen den Urlaub kürzen. Weiter fordern sie, daß die Betriebe künftig kein Frauen- und Kindergehalt mehr zu zahlen brauchen, wenn der Bergmann mehr als zehn Tage krank ist. Hier erstreben die Arbeitgeber also einen Abbau des Soziallohns. Sie begründen ihre Forderung mit einem Hinweis auf das Knappschaftsgeld, das nach ihrer Auffassung bereits als Hilfe genügt.

Daß ein Abbau des Soziallohns und eine Verschlechterung des Urlaubs der Jugendlichen für die Bergarbeiterorganisationen völlig indiskutabel ist, braucht nicht erst besonders betont zu werden. Die Bestrebungen der Braunkohlenunternehmer auf Verschlechterung des Urlaubs der Jugendlichen wirken geradezu grotesk in einer Zeit, wo fortwährend über den Rückgang des bergmännischen Nachwuchses geklagt wird. Die Arbeitsbedingungen für Jugendliche im Bergbau sind im Vergleich zu anderen Berufen ohnehin sehr wenig erfreulich. Wollen die Braunkohlenunternehmer die jugendlichen Arbeitskräfte systematisch aus dem Bergbau vertreiben?

Morgen Schiedspruch für die Herrenkonfektion

Weimar, 19. September. Die Verhandlungen im Lohnstreit der deutschen Herrenkonfektion unter dem Vorsitz des Regierungsrates Dr. Braun sind nach einer Dauer von zwei Tagen am Dienstag kurz vor 24 Uhr abgeschlossen worden. Der Schiedspruch soll am Mittwoch vormittag gefällt werden.

Ein rheinisch-westfälischer Beamtentag des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes

Am Dienstag in Köln statt. Der Bundesvorsitzende und Reichstagsabgeordnete Falkenberg sprach auf der gut besuchten Tagung über die politische Bedeutung der Beamtenfrage. Im Anschluß an Falkenbergs Vortrag nahm der Beamtentag einstimmig eine Entschließung an, worin er vom Reichstag und von der Regierung verlangt, daß die wichtigsten Forderungen der Beamtenschaft: Beamtenvertretungsrecht, Achtstundentag, Beseitigung des Klassenrennenden Charakters der neuen Besoldungsordnung und Demokratisierung der Verwaltung beschleunigt durchgeführt werden. Die Durchführung der Beamtenforderungen, wird in der Entschließung hervorgehoben, sei nicht lediglich eine gewerkschaftliche, sondern eine eminent politische Aufgabe.

In der Frage der Sonderzuschläge, die besonders das Rheinland interessiert, forderte der Beamtentag Zahlung an die Reichsbeamten für Oktober bis Dezember 1927, ferner Unterbrechung der Forderungen der bei der Regie beschäftigt gewesenen Eisenbahner durch den ADB, sowie dessen Beteiligung am Gewerkschaftsausschuss für die besetzten Gebiete.

Lohnkampf der Ofenheizer im Kreise Schweidnitz

Am Montag in den Streik getreten.

Die Lohnunterschiede der Ofenheizer im Kreise Schweidnitz, sowie in den Städten Striegau, Reichenbach, Langenbielau und Frankenstein, die bereits seit November v. J. bestehen, haben nun eine derartige Verschärfung erfahren, daß sich die Arbeiter gezwungen sahen, den Streik zu beschließen. Während des Winters sind mehrmals Verhandlungen erfolglos abgebrochen worden, bis es dann im April d. J. zu einem Schiedspruch kam, der den Grundtarif um 5 Prozent auf 80 Prozent erhöhte. Das bedeutete eine Erhöhung der Stundenlöhne um höchstens 22 Prozent. Die Arbeiter lehnten diesen Schiedspruch ab, während er von den Unternehmern angenommen wurde. Der Schiedspruch kam jedoch kaum zur Anwendung, zumal im Frühjahr die Bauaktivität höchst ungünstig war.

Zu Beginn des September 1928 stellten die Gehilfen der Ofenheizer-Branchen erneut Forderungen, die aber von den Unternehmern abgelehnt wurden mit der Erklärung, daß sie nur gewillt seien, den bereits gefällten Schiedspruch durchzuführen. Am Sonntag trat die Gehilfenschaft erneut zu einer Versammlung zusammen und gegenüber der Halsstarrigkeit der Unternehmer brachte nur eine Meinung vor, nämlich die, nur mit dem letzten gewerkschaftlichen Mittel eine Besserung der ungünstigen Lohnverhältnisse zu erkämpfen. Man beschloß einstimmig in den Streik zu treten, der auch am Montag zur Durchführung gelangte. Die Stimmung unter den Arbeitern ist gut und es wird an die Kollegen appelliert, die genannten Gebiete zu meiden.

Ablehnung Moskaus auf dem Internationalen Kongress der Privatangestellten

Auf dem Internationalen Kongress der Privatangestellten, der zurzeit in Dresden stattfindet, wurde im Anschluß an den vom internationalen Sekretär Smith geleiteten Geschäftsbericht wieder einmal das Verlangen der Amsterdamer Gewerkschaften zur Moskauer Gewerkschafts-Internationalen erklärt. Einzelne Delegierte aus Polen und der Tschechoslowakei mündigten, daß diese Versuche gemacht wurden, um zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den Russen zu gelangen. Sie schlugen a. a.

vor, der Bund solle eine Delegation nach Rußland entsenden. Prof. Wien, Mitglied des Internationalen Vorstandes, trat diesen Bestrebungen wirkungslos entgegen. Er betonte, daß das freigeberische Prinzip im westeuropäischen Sinn unbedingt, auch den Russen gegenüber, aufrecht erhalten werden müsse. Wie den Russen keine Vorschriften gemacht würden, so müßten auch die Privatangestellten, die Amsterdamer geschlossen seien, für sich das Recht auf eine den westeuropäischen Verhältnissen entsprechende organische Entwicklung der Arbeiterbewegung geltend machen. Der Kongress unterstrich mit starkem Beifall diese Ausführungen und ging über den Antrag auf Entsendung einer Delegation nach Rußland gegen die Stimme der Tagesordnung über. Gegen die Vergewaltigung der Angestelltenorganisation von Barcelona durch die spanische Diktatur erhob der Kongress in einer einstimmig angenommenen Entschließung scharfen Protest. Der Bericht des Generalsekretärs wurde einstimmig genehmigt.

Sonderbares aus der Unfallversicherung

Ein immer fährbarer werdender Mangel der Unfallversicherung ist die Ausschließung kaufmännischer Angestellter aus der Unfallversicherung. Deshalb wäre es gut, wenn der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt endlich daran ginge, die im Entwurf vorliegende Novelle der Erweiterung der Unfallversicherung zum Abschluß zu bringen. In welsch sonderbarer Zustände die Beschäftigung der Unfallversicherung auf technischen Personal führt, soll der folgende Fall kurz beleuchtet. Es gibt Berufe, in denen ein Angestellter gleichzeitig im kaufmännischen und technischen Teile des Betriebes beschäftigt wird. In solchen Fällen muß je nach der Art und dem Ausmaß der technischen Beschäftigung der betreffende Angestellte auch bei der Berufsgenossenschaft gegen Unfall versichert werden. Wie steht es nun, wenn dieser Angestellte auf dem Weg zur oder von der Arbeit verunglückt? Nach § 545a gilt dieser Weg jetzt als Betriebsbestandteil. Ist nun ein solcher Teilversicherter berechtigt, beim Eintritt eines Unfalles Anspruch auf Schadenersatz zu stellen? Diese Frage beschäftigte kürzlich das Reichsversicherungsamt. Diese Frage ist jedoch von ihm weder mit einem glatten ja, noch mit einem nein beantwortet worden.

Eine Verkäuferin in einem Schuhgeschäft mußte den vierten Teil ihrer Zeit auch im technischen Teile des Betriebes verbringen und war deshalb mit einem Viertel ihrer gesamten Tätigkeit bei der zuständigen Berufsgenossenschaft versichert. Sie verunglückte auf dem Wege zum Geschäft. Ihr Anspruch auf Rente wurde abgelehnt, weil die Klägerin unter allen Umständen auch zur Arbeit hätte gehen müssen, um ihre nicht versicherungspflichtige Tätigkeit auszuüben. Das RWV mußte nun prüfen, ob diese Auslegung zutrifft. Das RWV war anderer Meinung. Wenn es auch in diesem besonderen Falle keine Entscheidung zugunsten, so stellte es doch fest, daß auch bei Teilversicherungen der Weg von und zur Arbeit versicherungspflichtig sei, wenn dieser versicherten Tätigkeit der nicht versicherten gegenüber eine ausschlaggebende Bedeutung zukommt. Ein Prozent sei jedoch zu gering.

Um dieser unhaltbaren Lage zu entrinnen, wird es wahrlich höchste Zeit, daß alle in Lohn und Brot stehenden Personen gegen Unfall versichert werden.

Der Wohnungsmarkt in Preußen

Das preussische statistische Landesamt teilt mit, daß es nach der letzten Wohnungszählung in Preußen 14 655 Leerwohnungen gab, die den Wohnungsämtern zur Verfügung standen. Danach ist jede 500. Wohnung in Preußen als leerstehend zu betrachten. Vor dem Kriege gab es in Preußen ungefähr vier bis fünf Prozent Leerwohnungen, d. h. jede 20. bis 25. Wohnung suchte einen Mieter.

Die Zahl der Leerwohnungen auf dem Wohnungsmarkt ist der Regulator, nach dem sich die Mietshöhen richten. Solange dieser Regulator keine neuen Funktionen nicht wieder ausüben kann, natürlich von einer freien Wohnungswirtschaft nicht gesprochen werden. Von einer solchen Wirtschaft, die Preisanarchie sein müßte, haben die Hauspächter den Vorteil, die Leidtragenden sind die Mieter.

Wir sind überhaupt der Auffassung, daß es im ganzen Freistaat Preußen keine wirklich leerstehende Wohnung gibt, die für den Wohnungsmarkt ernstlich in Frage kommt. Die meisten dieser leerstehenden Wohnungen liegen in Gemeinden, wo die Zehntausenden von wohnungslosen Familien aus Gründen der Entfremdung, des Erwerbs usw. nicht wohnen können. Die Sachlage wird auch am besten dadurch charakterisiert, daß auf eine leerstehende Wohnung 33,7 Familien kommen, die keine vollständige Wohnung besitzen.

Noch eine andere Tatsache ist zu beobachten: An den leerstehenden Wohnungen sind besonders die Neubau-

Lohntüten aufbewahren!

Viele Arbeiter glauben, daß man nach Empfang seines Lohnes die Lohntüte nicht aufzubewahren braucht. Sie geben sich oft damit zufrieden, wenn nach ihrer Meinung der Lohn stimmt und beachten die Lohntüte im übrigen sehr wenig. Im eigenen Interesse, um sich vor jeglichen Nachteilen zu schützen, sollte aber jeder Arbeiter die Lohntüte aufbewahren.

Man kann es fast bei jeder Verhandlung vor dem Arbeitsgericht feststellen, wie notwendig als Beweismittel die Lohntüte ist. Sie ist sogar in erheblichen Fällen das einzige Beweismittel für den Arbeiter, wenn er keine Klage erhebt und sie dann durch den Verbandsvertreter wahrnehmen läßt. Vor allen Dingen ist das der Fall bei Lohnforderungen, deren Zahlung man verlangt und wo oftmals der Arbeitgeber behauptet, die Lohnsumme gezahlt zu haben. Dann ist der Arbeiter beweispflichtig, weil ihm als Kläger das Gesetz die Beweislast zugeht. Kann er keine Lohntüten für die beim Arbeitgeber empfangenen Lohnsummen aufweisen, aus denen zugleich die Dauer seiner Arbeitswagen, die Abzüge für Steuern, die empfangenen oder nicht erhaltenen Zuschläge für Ueberstunden usw. einwandfrei hervorgehen, so ist damit eine erheblich erfolgreiche Durchsetzung einer Klage gewährleistet. Sie macht dann zehntausende und zum Teil sehr ungewisse Zeugenaussagen nicht nötig, bei denen dann allein der Verbandsvertreter als der bewanderte Rechtsvertreter der Arbeiter gewöhnlich alle Hände voll zu tun hat. Genügend beweiskräftig anzustellen.

Bei dem Empfang der Lohntüte achte man auch darauf, daß auf den Rücken des Wochenscheins vermerkt ist, eine Angabe, für die jedoch der Arbeitgeber verantwortlich ist. Auf jeden Fall sollte jeder gewissenhafte Arbeiter im eigenen Interesse die Lohntüten aufbewahren, da sie ihn in Streitfällen nicht nur vor Nachteilen schützen, sondern ihn viel Zeit ersparen und Wege der gewerkschaftlichen Vertretung ersparen. Vor allem aber muß jeder Arbeiter beim Empfang seines Lohnes überhaupt auf eine Abrechnung dringen, aus der jederzeit ersichtlich ist, was ihm an Lohn ausbezahlt wurde und wofür man ihm die Abzüge ein-

Professstreit französischer Eisenbahner

Paris, 19. September. (Eigener Fernbericht.)

Die Eisenbahner der französischen Eisenbahn-Gesellschaft Provence sind heute um Mitternacht in einen 24stündigen Professorestreit getreten. Seit 14 Monaten führen die Gewerkschaften einen vergeblichen Lohnkampf mit der Eisenbahn-Gesellschaft, ohne, trotz mehrfacher Zugaben und Verstärkungen, ein Resultat erreicht zu haben. Die Streikenden fordern die sofortige Auszahlung einer Sonderbeihilfe von 500 Franken, ferner die Gewährung der versprochenen Lohnsteigerung mit Wirkung vom 1. Juli. Sollten diese Forderungen abermals abgelehnt werden, dann soll am 1. Oktober der Streik verkündet werden.

Die Eisenbahn-Gesellschaft hat, um den internationalen Verkehr an der französischen Riviera wenigstens einigermaßen aufrechtzuerhalten, für heute zwei von Ingenieuren geleitete Sonderzüge eingerichtet, die von Marseille nach der italienischen Grenze laufen. Die Post versteht ihren Dienst mit Automobilen.

Christliche Eisenbahner

gehen zur Rettung ihres Ansehens zu Terror über

Uns wird aus Eisenbahnerkreisen geschrieben: Das elende Verhalten Siegerwalds, als Führer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften bei der letzten Besoldungsreform hat seine Wirkung auf die christlichen Verbände nicht verfehlt. Unter den christlichen Eisenbahnern, besonders dem Betriebspersonal, wie Rangierern, Weichenstellern, Wagen-ausschneidern und Wagenmeistern herrscht heile Empörung über den Verrat ihrer eigenen Spitzenorganisation und der G.D.C. Rein Wunder, wenn Massenaustritte erfolgen, und hier zeigt sich besonders die Gefährlichkeit der Mitgliedschaft innerhalb obiger Organisation. Die allermeisten Mitglieder wissen nicht, daß diese Organisation ein eingeschriebener Verein ist, und daß die Austrittserklärung nur zweimal im Jahre und zwar am 30. Juni und am 1. Dezember mittels eingeschriebenen Briefes unter Ein-sendung der Mitgliedskarte erfolgen kann. Wer dieser Form des Austritts nicht nachkommt, dem werden die Beiträge gerichtlich abgetrieben, bis die Form erfüllt ist. Trotz allem ist die Austrittsbewegung nicht aufzuhalten. Hier zeigt sich, mit welchem Raffinement die Austretenden bearbeitet werden und wie Neuanfänger systematisch gezwungen werden, sich dieser Organisation anzuschließen. Auf der Station Breslau-Hbf., die fast als Hochburg der Christen für das Betriebspersonal gilt, scheut sich der Rangiermeister Knorred als Vorgesetzter nicht, Abstrich-befehle zu zwingen, in die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, G.D.C., einzutreten, wobei ihm der ehemals überadidale Weichen-steller Köchel beihilft. Sind die Christen scharf dahinter, daß anderen Organisationen jede Möglichkeit innerhalb des Betriebes zur Agitation unterbunden wird, so finden sie aber selbst während des Dienstes den besten Agitationsboden. Obwohl Rangiermeister Knorred genau so wie sein Vorgänger Rangier-meister Klemm wissen, wie sie von ihrer eigenen Organisation verraten und verkauft worden sind, so ist dieses Spiel mehr als verwerflich. Hier scheint nicht die Liebe zur Sache als Motiv in Frage zu kommen, vielmehr scheint der persönliche Vorteil des Knorred und Köchel eine Rolle zu spielen. Böse Beispiele verderben gute Sitten.

Es muß traurig um eine Organisation bestellt sein, wenn Terror als Mittel zum Zweck in Erscheinung treten muß, um das kranke Gebäude der Organisation zu stützen. Wo bleibt die christliche Moral?

Wir hoffen, daß diese Zeilen genügen, anderenfalls müsse man deutlicher werden!

Beizer und Polierer Breslaus!

Die für heute abend festgesetzte Versammlung muß um-fände halber verlegt werden. Der nächste Termin wird noch bekanntgegeben. Wir bitten unsere Kollegen, dies zu beachten.

wohnungen beteiligt. Die Wohnungen können von den wohnungslosen Familien nicht bezogen werden, weil sie zu teuer sind. Man behilft sich also mit Notwohnungen und mit engerem Raum. Das wird umso mehr der Fall sein, je mehr man mit der Miete in die Höhe geht. Wenn wir also den Mietpreis dem Wucher freigeben, schaffen wir eine Wohnungsnot, die sich an der Gesundheit unseres Volkes fürchterlich rächen muß.

Tariffsteigerung in der Zementindustrie

Die Erhöhung der Eisenbahnfrachten macht sich jetzt auf dem Gebiete der Preisbildung bemerkbar. So haben z. B. die Zementfabrikate in Nord-, Süd- und Westdeutschland die Erhöhung der Preise um 7 Mark beschlossen. Die Preissteigerung soll bereits am 1. Oktober in Kraft treten und wird ausdrücklich als Ausgleich der Preisverteuerung durch die Reichsbahngesellschaft bezeichnet. Zu untersuchen wäre, ob die Tariffsteigerung bei der Zementindustrie Preisauflage im vorgenannten Ausmaß wirklich erforderlich macht.

Hauszinssteuermittel auch für Holzbauten

Bisher konnten Mittel aus der Hauszinssteuer für den Bau von Holzhäusern nur in seltenen Fällen gewährt werden, weil allgemein gültige Vorschriften dafür, insbesondere für die Beschaffenheit dieser Holzbauten nicht bestanden. Der preussische Wirtschaftsminister hat nun bestimmt, daß Zuschüsse aus der Hauszinssteuer zu Holzbauten zulässig sind, jedoch müssen diese der vom Deutschen Normenausschuß herausgegebenen Norm „DIN 1990, Gütevorschriften für Holzhäuser“ entsprechen. Holzhäuser, die diesen Normen genügen, können Massivbauten gleichgestellt werden. — Die Vorschriften sind vom Beuth-Verlag G. m. b. H., Berlin S. 14, Dresdener Straße 97, zu beziehen.

Geringer Konjunkturrückgang im September

Der Tätigkeitsgrad in der deutschen Wirtschaft hat sich nach den Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts für Anfang September weiter leicht abgeschwächt, verhältnismäßig am stärksten in den wichtigeren Verbrauchsgüterindustrien. In den Produktionsmittel-Industrien wurde die Beschäftigung in den letzten Monaten vorwiegend durch erhöhten Auslandsabsatz gestützt. Im Gegensatz dazu haben sich Auftragserfüllung und Rohstoffeinfuhr in ihrer konjunkturellen Bewegung um nahezu unveränderter Höhe gehalten und neigen offenbar nur zögernd zu einer Abschwächung.

Das Institut ergänzt seine Diagnose durch folgende Einzelheiten: „Der Anstieg der Umlagertätigkeit hat sich bei hohen, zum Teil sogar steigenden Preisen verlangsamt. In den letzten Wochen scheint auch die Preissteigerung der Verbrauchsgüter mehr und mehr zum Stillstand gekommen. Die Lagerbestände dürften sich verringert haben. Im Zusammenhang damit trat auf dem Markt der kurzfristigen Kredite eine Erleichterung ein, die jedoch zummeist einer saisonmäßigen Anspannung Platz macht. Auf dem Kapitalmarkt ist eine Entspannung trotz vorübergehend verstärkter Zufüsse nicht zu verzeichnen.“

Anschließend daran wird folgende, nicht ungünstige Prognose gegeben: „Die an sich kurzen depressiven Kräfte, die um die Jahreswende zu einer leichten Abschwächung des Tätigkeitsgrades führten, haben sich nicht weiter gezeigt, sondern — als Folge der Abschwächung — sogar etwas vermindert. Wenn auch in den nächsten Monaten mit einer saisonmäßigen Berührung des Geldmarktes zu rechnen ist, so macht die gegenwärtige Kredit- und Dispositionslage der Wirtschaft den Eintritt scharfer Rück-schläge vorerst nicht wahrscheinlich.“

Die Schöpferwerkstatt in Müncheberg

Zunächst neue Kartoffeln, Rüben und neues Getreide

Ende September wird im märkischen Kleinstädtchen Müncheberg bei Berlin das neue Institut für Züchtungs- und Züchtungslehre seine Tätigkeit aufnehmen. Das ist zunächst eine Angelegenheit, die Professor Dr. Baur angeht, der dort mit einem Stab von 25 Wissenschaftlern arbeitet. Wir hoffen aber, daß bald unserer Landwirtschaft und unserer Handels- und Zahlungsbilanz, kurz gesagt unser ganzes Wirtschaftsleben von den Schöpfungen in Müncheberg profitieren. Mit den Arbeiten des neuen Forschungsinstituts tritt die wichtigste Teil der landwirtschaftlichen Rationalisierung in Funktion. Die Hoffnungen, die wir an Müncheberg knüpfen, sind sehr groß; noch allem, was wir von den Vorbereitungen in Müncheberg erfahren, können wir die Gewißheit haben, daß diese Hoffnungen nicht getäuscht werden.

Alljährlich werden in unserer Landwirtschaft durch Frost und Schädlinge unzählige Pflanzen vernichtet. Die Verluste dürften Milliarden ausmachen, die dem Volkswohlstand verloren gehen. Allein die Bekämpfung der Reblaus kostet in Deutschland jährlich etwa 80 Millionen Mark. Trotzdem haben wir die Möglichkeit durch sorgfältig gezüchtete Pflanzenrassen diese Verluste auszugleichen. Jedes Kind weiß heute, daß es in Nordamerika Reben gibt, denen Reblaus und Pilze nichts anhaben können. Man züchtet heute Pflanzen, die die Kälte des Winters sehr gut ertragen und die gegen eine der gefährlichsten Krankheiten, den Koff, unempfindlich sind. Man hat einen Weizen gezüchtet, der auch im strengeren nördlichen Klima gedeiht. Mit diesem Weizen ist es zum Beispiel Kanada gelungen, sein Weizenanbaugesicht weit nach dem Norden vorzuschieben, womit es erst das große Weizenreservoir der Erde wurde. Naturgemäß können diese Erfolge nur die Resultate einer gründlichen wissenschaftlichen Züchtung sein. In den wichtigsten Kulturländern bestehen seit Jahr und Tag Institute für Züchtungslehre, die ausgezeichnet ausgerüstet und gut geleitet sind. Sie wollen nicht nur die Pflanzen gegen Witterung und Krankheit widerstandsfähiger machen, sondern auch den Ertrag der Pflanzen erhöhen. In Deutschland sind entsprechende Arbeiten unter Leitung der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“ bisher in Dahlen durchgeführt worden. Jetzt bekommen die deutschen Forscher in Müncheberg ein eigenes Institut und ein eigenes Heim.

Das Institut in Müncheberg ist zwar nicht das größte, aber ohne Zweifel das am besten eingerichtete in der ganzen Welt. Der Mittelpunkt der Anlage ist das auf einem Hügel gelegene Laboratoriumsgebäude. Hier wird man zahlreiche Untersuchungsreihen durchführen, als deren Ergebnis erhebliche Verbesserungen unserer Kulturpflanzen zu erwarten sind; als Versuchsgelände stehen 600 Morgen zur Verfügung; selbstverständlich ist eine Erweiterung des Gebietes zu jeder Zeit möglich. In den Kellern sind Speziallaboratorien für Arbeiten mit Futter- und Futterrüben untergebracht. Dort befinden sich auch Lagerräume für Kartoffel- und Rübenarten, ein Königenslaboratorium und eine photographische Dunkelkammer. Mit Hilfe der Königeneinrichtung wird man feststellen, wie weit es möglich ist, durch den Einfluß von Königensstrahlen neue Pflanzenrassen zu züchten. Zur Prüfung winterharter Pflanzen dient eine Kälteanlage. Mit ihrer Hilfe werden die Kellerräume auf Temperaturen zwischen 0 und minus 33 Grad Celsius gebracht. Auf den umfangreichen Böden arbeiten Saatreinigungsmaschinen, wodurch man ein einwandfreies, vor allem von Unkraut gefaules Saatgut erhalten will. Selbst einen Vorkriegsjahr hat man eingebaut, in dem von Zeit zu Zeit interessierte Landwirte sitzen sollen, um zu hören, was man in Müncheberg zu Wege gebracht hat. Ueberhaupt ist das Institut gewiß, in engster Verbindung mit den Bauern der Praxis zu arbeiten.

Das zum Forschungsinstitut gehörige Gut ist als Musteranlage zu betrachten. In Vorbereitung befindet sich die Konstruktion einer großen Bereibungsanlage. Die ersten Arbeiten erstrecken sich auf die Züchtung neuer Arten von

Kartoffeln, Futter- und Futterrüben und von Getreide. Daneben wird die Obst- und Gemüsezüchtung eine besondere Rolle spielen. Man darf sich jedoch kein falsches Bild von diesen Arbeiten machen und darf vor allem nicht die Schwierigkeiten unterschätzen: Aus primitiven Pflanzenrassen, die zur Kreuzung kommen, können unter Umständen viele tausend neue Sorten entstehen. Jede dieser neuen Sorten muß auf dem Versuchsgelände sorgfältig gepflegt und beobachtet werden. Man muß jedoch über jede einzelne Pflanze Buch führen, damit man die gewonnenen Ergebnisse auswerten und aus vielen tausenden Versuchspflanzen die Sorte herausfinden kann, die sich für einen bestimmten Zweck, einen bestimmten Boden und ein bestimmtes Klima besonders eignet. Wissenschaftliche Santhesen, wie sie in Müncheberg vorgenommen werden, können Jahre dauern, ehe der Forscher seine mühevollen Arbeit belohnt sieht. Wenn es aber gelingt, den Ertrag der deutschen Getreideproduktion auch nur um 10 bis 20 Prozent zu steigern, dann ist Deutschland von dem Upprud der steigenden Lebensmittelpreise befreit, dann würde sich die Herstellung von synthetischen Massenartikeln wie Benzin und Gummi durch die Pflanzenzüchtung in einer ausgeglichenen deutschen Außenhandelsbilanz ergänzen. In Schweden ist es dem Botaniker Nilsson-Ehle gelungen, durch ideale Kreuzung den Ertrag des schwedischen Weizens sogar um 48 Prozent zu steigern. Sollen wir daran zweifeln, daß in Müncheberg ähnliches möglich ist? Wir glauben an die Arbeiten von Müncheberg und bedauern nur, daß man nicht größere Mittel dort investiert und daß man nicht schon früher der Pflanzenzüchtung dort ein ideales Heim geschaffen hat. Große Summen für andere Zwecke nutzlos verschleudert, hätten sich in Müncheberg, rechtzeitig gegeben, heute schon tausendfältig verzinst. Vielleicht gäbe es, wenn man anders gehandelt hätte, heute in Deutschland keine Agrarkrise.

Wie die deutsche Arbeiterschaft den Problemen gegenübersteht, beweist die Tatsache, daß Vertreter der Freien Gewerkschaften im Kuratorium des Züchtungsinstituts sitzen. Das entspricht nur aller und guter Tradition der deutschen Arbeiterschaft. Sie erwartet hinsichtlich der Agrarkrise von Technik und Wissenschaft alles, von Subventionen und Schutz nichts.

Der Kalkulationskoeffizient, der seit einigen Monaten eine Rekordhöhe aufweist, wird von der Gebr. Damannbank, die der Kalkindustrie nahesteht, auch für den laufenden Monat weit höher eingeschätzt, als die Vorausschläge des Kalkindustrials lagen. Gegenüber einem Abfall von 1,18 Millionen Doppelzentner im September 1927 hatte das Kalkindikat den Abfall im laufenden Monat auf etwa 1,15 Millionen Doppelzentner veranschlagt. Es erweist sich jetzt schon, daß diese Schätzung sehr niedrig gegriffen ist, da allein aus dem vorigen Monat noch rückständige Aufträge von fast einer halben Million Doppelzentner vorliegen und außerdem wegen der am 1. Oktober einsetzenden Erhöhung der Schrottarife mit verstärkten Abrufen zu rechnen ist.

Aus dem Betriebs-Echo Nr. 5:

Kampf allem Phariseer- und Heuchlertum! Von unserer Arbeit. Standhafte Behandlung der Bergarbeiter in Niederschlesien. Wie stark sind die Kommunisten? Kommunistsche Spitzelphantaasien.

Parteiorgan! Holt das Echo bald im Parteisekretariat, Zimmer 37, ab. Es gehört in jeden Betrieb.

Geht Eure Anzeigen der Volkswacht

Genossenschaftswesen

Vom Kampf gegen die Konsumvereine

Die Kleinhändler einer großen deutschen Stadt waren gegen den dortigen kraftvollen und leistungsfähigen Konsumverein vorgegangen, weil er in einem Zeitungsinserat erklärt hatte, „der Zusammenschluß der Verbraucher bietet Schutz vor Uebersorteilung und Willkür“ und „Ihr Schutz als Verbraucher ist der Konsumverein „Vorwärts“. Das betrachteten die Kleinhändler als unfauleren Wettbewerb, ebenso den Satz: „Sie werden nicht getäuscht, wenn Sie in den eigenen Betrieben der Genossenschaft hergestellten ... Kaffees in Ihrem Haushalte verwenden“. Was man schier für unmöglich hält, das geschah. Das Landgericht hat den Konsumverein deswegen nach dem Wettbewerbsgesetz verurteilt, obwohl der Sinn der Bekanntmachungen nur der war, den Verbrauchern zu sagen, daß der Konsumverein als eigenes Unternehmen der Verbraucher einen Schutz vor Uebersorteilung, Willkür und Täuschungen biete, den ein privates kapitalistisches Unternehmen, das einem anderen gehört, nicht bieten kann. Das Urteil spricht dafür, daß das Gericht nicht den rechten Einblick in die Dinge gehabt hat und daß, um solchen mißbräuchlichen Anwendungen des Gesetzes vorzubeugen und um den Verbraucher wirklich zu schützen, eine von den Händlern so gefürchtete Aenderung des Gesetzes gegen den unfauleren Wettbewerb herbeigeführt werden muß.

Die Gemeinnützigkeit der Konsumvereine

Ueberall, wo es die Verhältnisse gestatten und wo die Bewegung genügend gefestigt ist, sind die Konsumgenossenschaften bemüht, weit über ihren ursprünglichen Aufgabekreis hinaus für das Wohl ihrer Mitglieder zu sorgen. So haben, wie unsere Leser wissen, in Deutschland schon teils vor Jahren eine Anzahl größerer Konsumgenossenschaften, wie der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg, die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung, der Konsumverein „Sendling“-München, eigene vorbildliche Kinder-Erholungsheime geschaffen, in denen Kinder ihrer Mitglieder Aufnahme finden. Auch der Konsumverein für Frankfurt (Main) und Umgebung hat erstmalig 40 bedürftige Kinder seiner Mitglieder in dem nassauischen Kinderanatorium bei Weimünster zu einem vierwöchentlichen kostenlosen Erholungsurlaub untergebracht; nach Rückkehr dieser ersten Kindergruppe wird eine weitere Gruppe die Erholungs-fahrt antreten. Die Konsumgenossenschaften im Ausland haben in dieser Hinsicht ebenfalls großes geleistet. So u. a. die Konsumgenossenschaftliche Organisation Amiens eine Ferienkolonie in Criel-sur-Mer eingeweiht und eröffnet. Dieses großartige Kinderheim „Chanté-Raine“ ist zur unentgeltlichen Aufnahme von 400 Kindern eingerichtet und in jeder Beziehung vorzüglich ausgestattet. — Möge die Konsumgenossenschaftsbewegung dort wie bei uns und in aller Welt fortfahren, in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht zum Besten ihrer Mitglieder wirken. Auch dieses Beispiel zeigt wieder einmal, was durch strengen konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß erreicht werden kann, wenn die Verbraucher zielbewußt handeln und genossenschaftliche Treue wahren. Solche und viele andere gemeinnützige Maßnahmen können die Verbraucher treffen, wenn sie es vermeiden, dem privatkapitalistischen Handel zu Profiten zu verhelfen. Die durch konsumgenossenschaftliche Warenverteilung und Warenerzeugung ersparten Summen tragen so tausendfältige Frucht — für die Verbraucher selbst. Daran werden unsere Gegner auch trotz aller erdenklichen Kampfmaßnahmen gegen die Konsumgenossenschaften nicht rütteln können.

Sanftien-Anzeigen

Am 16. September verschied plötzlich das Mitglied unseres Aufsichtsrates

Herr Ernst Bernhart

Wir werden dem Verstorbenen, der für das Wohl unseres Betriebes stets das größte Interesse bezeugte, ein ehrliches Andenken bewahren.

Die Gesamtverwaltung der Bauhütte Breslau G. m. b. H.

Am 16. September verschied plötzlich unser lieber Freund, der **Gewerkschaftssekretär**

Ernst Bernhart

Als Mitglied der Verwaltungskommission der Volksfürsorge der Rechnungsstelle Breslau war er stets bestrebt, das eigene Unternehmen der Arbeiterschaft zu fördern und uns mit seinem Rat zu unterstützen.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Die Mitglieder der Verwaltungskommission der Rechnungsstelle Breslau der Volksfürsorge.

Am 16. September verschied plötzlich unser Genosse

Ernst Bernhart

in 46. Lebensjahre.

Ein ehrliches Andenken bewahren ihm die Genossen und Genossinnen des Bezirks 21 des Sozialdemokratischen Bezirks.

Die Beerdigung wird noch bekanntgegeben.

Plötzlich und unerwartet starb am 16. September in Ausübung seines Berufes das langjährige Mitglied unseres Kassenausschusses

Herr Ernst Bernhart

Als Mitglied des Ausschusses hat er seine Pflicht in vorbildlicher Weise erfüllt.

Durch das Vertrauen seiner Kollegen gehörte er auch seit dem Jahre 1924 dem Kassenausschuss an, was auch hier hat er in treuer Pflichterfüllung seine Tätigkeit ausgeübt.

Dem Verstorbenen werden wir alle Zeit ein dankbares Andenken bewahren.

Breslau, den 18. September 1928.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau.

Verhand der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.

An Sonntag, den 16. September, abends 9 1/2 Uhr, versetzt unter Kasse.

Hermann Kania

in Alter von 51 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Beerdigung: Donnerstag, 21. September, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des St. Salvator-Friedhofes.

Zurück

H. Kurt Wiener

11-12, 41-2, Sa. 11-12

Ein Scherz!

Ein Scherz!

Ein Scherz!

Ein Scherz!

Ein Scherz!

Ein Scherz!

Ein Scherz!

Sinographickurse

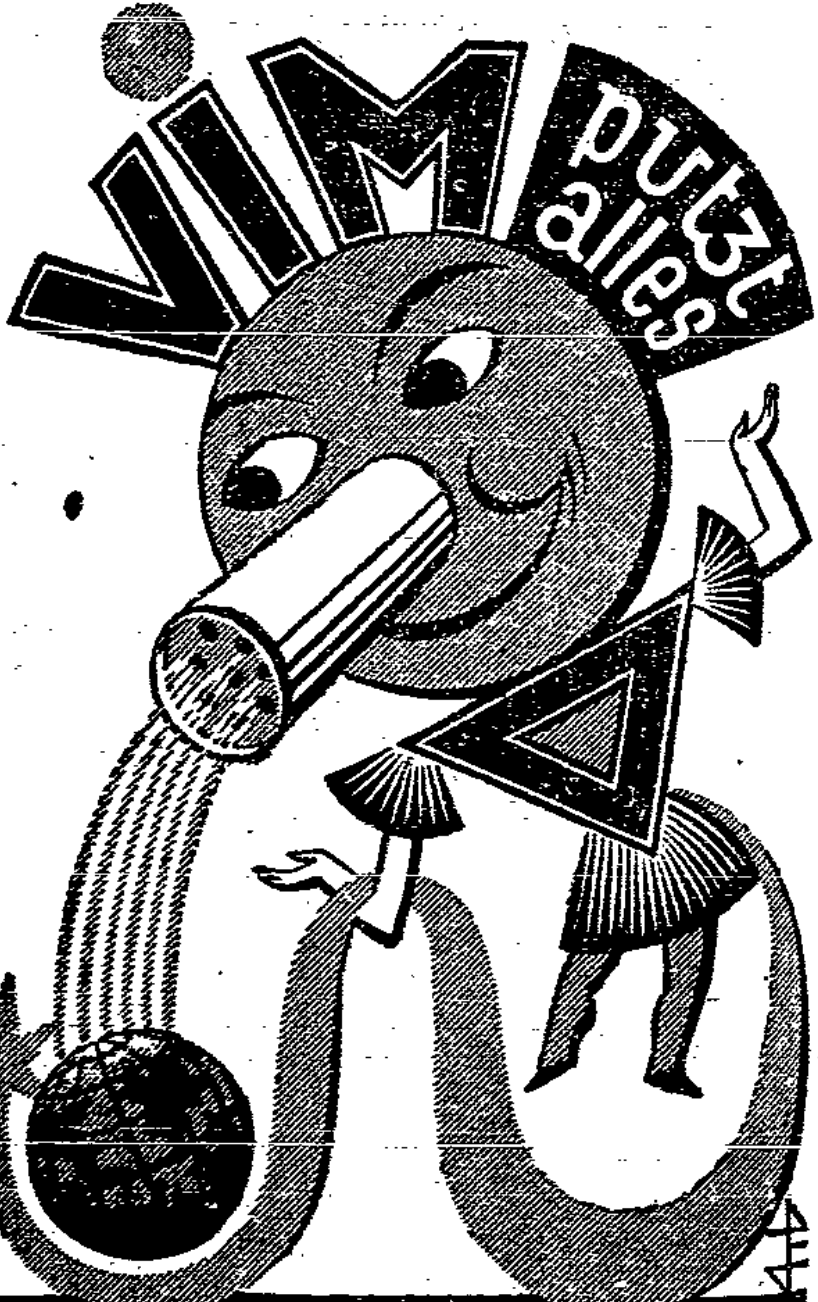
für Frauen, Männer und Jugendliche in der verschiedensten Volksschicht. Spät-Anfang: Sonntag, 17. September, abends 7 Uhr, Zimmer 5, 1. Stock, im Zeugmaschinenbau. Kursbeitrag 5 Mk., Lehrgeld 5 Mk.

Die Volksschule als Einheitschule

Von Dr. Max Apel.

Erhältlich nur bei der Expedition dieser Zeitung.

Preis 10 Pf.



VIM, der Zauberer, putzt eins zwei drei: Mit allem Schmutz ist es vorbei!

Töpfe, Pfannen, Bestecke, Holz, Steinböden, alles in Küche und Haus putzt VIM ohne Mühe blitzsauber. VIM schmiert und kratzt nicht. Nichts ist so gut wie VIM.

V221 445

Zurückgekehrt **Dr. Mariann Franz**

Verstorbene nach **Dr. Joseph Prager**

Beemholz (Schwarze und Säumlinge) gibt laufend bei Selbstabholung billig ab. Dampfagewerk, Breslau 10, Berl. Niedergasse

Der erste Flug des neuen Luftriesen

Nach 3 Stunden Fahrt glücklich gelandet

Das Zeppelin-Luftschiff L. Z. 127 „Graf Zeppelin“ ist am Dienstag nachmittag um 3 Uhr 30 Minuten zu seiner ersten Probefahrt gestartet.

Das Schiff wurde von vier Dornier-Flugzeugen begleitet. Die Fahrt diente vor allem der Erprobung des Gerippes und der Maschinenanlage.

Nachdem sich das Luftschiff um 17,20 Uhr noch einmal auf 5 Minuten entfernt hatte, erschien es gegen 17,30 Uhr, von Süden kommend, über dem Landeplatz, den es in ganz langsamer Fahrt ansteuerte.

Der medlenburgische Ministerialdirektor verprügelt

Dienstag vormittag hat sich vor dem Regierungsgebäude in Schwerin ein unerhörtes Verfall abgespielt. Der Ministerialdirektor im medlenburgischen Justizministerium wurde gegen 9 Uhr vormittag plötzlich von einem Unbekannten überfallen.

Eine Hamburger Köpenickiade

Am Montag abend gegen 10 1/2 Uhr erschien an der Sperre des Untergrundbahnhafes Hellkamp in Hamburg ein Mann in Hochbahnuniform, der eine Reserveausrüstungskiste und eine kleine Bügelhandtasche trug.

Wildweitz in Berlin

In der Ebertstraße in Berlin-Schöneberg wurde ein junger Mann beim nächtlichen Heimgang von zwei Burjaken angefallen. Sie verjagten ihn die Altkantstraße zu entziehen.

Eisenbahnräuber Hopp gefichtet

Der Eisenbahnräuber und mutmaßliche Mörder des Delmenhorster Direktors Nordmann, Emil Hopp, ist in Bothenburg in Mecklenburg gefichtet worden. Er hatte sich mit einer Fähre über die Elbe setzen lassen.

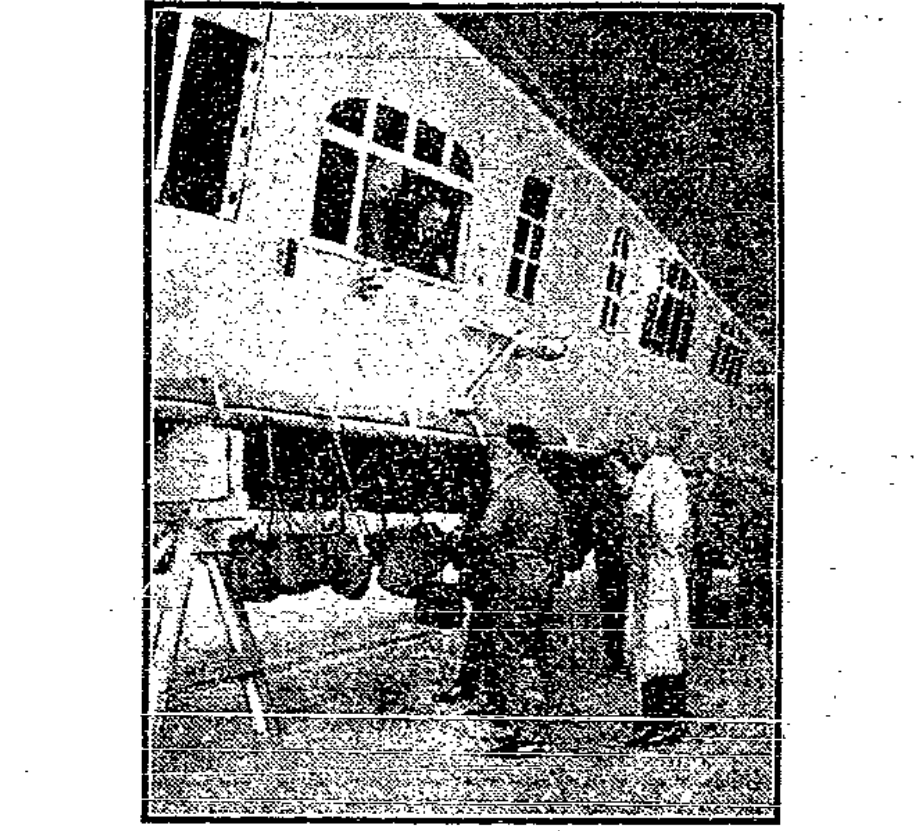
Der Schüler im Koffer

Vor einigen Tagen war in Graz der 16jährige Gymnasiast Herr B., der Sohn eines Majors, in einem Koffer erstickt aufgefunden worden. Der ursprünglich aufgelauchte Verdacht, daß ein Sexualmord vorliegt, hat sich als falsch erwiesen.

großen Koffer, der im Badezimmer stand. Allem Anschein nach ist der Knabe in den Koffer hineingestiegen, der Deckel schlug zu und das Schloß schnappte ein.

Hünefeld in Sofia gelandet

Der Flieger Freiherr von Hünefeld hat die erste Etappe seines Ostasiensfluges beendet. Nach 9 1/2stündigem Flug ist er am Dienstag um 11,30 Uhr in Sofia gelandet.



Der neue Luftkreuzer „Graf Zeppelin“ in der Halle kurz vor dem ersten Ausfluge. In der Gondel Edener jun. (rechts), der zweite Steuermann und Kapitän Wiedemann, der Navigationsoffizier des Luftschiffes.

Über die Welt lacht

Der Mann mit den 92 Regenschirmen

Vom Reich verfolgt wurde ein bescheidener Pariser Bürger namens Houplin, der der Meinung war, in dem bekannten Pariser Vergnügungsort „Hotel Drouot“ für 16 Franken glücklich einen recht guten Regenschirm erstanden zu haben.

Der mißlungene Falstaff-Trick

Bekannt ist eine kleine Episode aus den „Lügen Weibern von Windsor“, wo man sich des ausbringlichen Sir John Falstaff dadurch entledigte, daß man ihn in einem Korb gut verpackt unter ihmüthiger Wäsche, in den Fluß werfen läßt.

Nachtübung mit Damen

In einem westdeutschen Kriegervereinsblättern schließt der Bericht über eine Monatsversammlung des „Bereins ehemaliger 99er M.-Gladbach“.

Die Tornadokatastrophe

Der Ort hat nach den bisherigen Schätzungen ungefähr 1500 bis 2000 Menschenopfer gefordert. Von Portorico bis Florida sind 626 Tote gezählt.

Die Wirbelsturmkatastrophe in Mittelamerika hat in Florida nach den ersten von dort eingetroffenen Meldungen 40 Tote und über 100 Verletzte gefordert; unter den Verletzten befinden sich auch zahlreiche Kinder, die in einer Schule in Boynton bei West-Palm-Beach vom Wirbelwind überrollt wurden.

Die größten Verheerungen hat der Tornado im Badeort West-Palm-Beach angerichtet. Die Wasser- und Elektrizitätswerke wurden vollkommen in Trümmer gelegt.

Hungersnot und Typhus im Sturmgebiet

der Bahama-Inseln

Die britische Admiralität kündigt an, daß der Kreuzer „Durban“ nach Kolum im westindischen Inselgebiet entsandt wurde, um an den Hilfsarbeiten im Sturmgebiet teilzunehmen.

Die 100-Pfund-Bräut

In der Walvis-Bai, dem Haupthafen unseres ehemaligen Südwestafrikas, hat sich ein gewaltiger Heiratsmarkt entwickelt. In Scharen bringen die Schiffe deutsche Mädchen herüber, die auf ein Heiratsministerium die Reise zu ihrem Zukünftigen über den großen Teich angetreten haben.

Selbst eine Hochzeit durch die Zeitung ist eine gefährliche Sache. Man kann Glück haben, aber viel leichter kann man auch Pech haben.

Auf diese faulen Kunden hat die Regierung ihr scharfes Auge geworfen. Denn jeder Mann, der eine Braut aus Deutschland herüberkommen lassen will, hat eine Garantie von hundert Pfund zu hinterlegen.

So läuten die Kirchenglocken rings um die Walvis-Bai, und der englische Standesbeamte, denn England ist Mandatsmacht, traut die glücklichen Paare. Und die Glocken werden so lange läuten, bis auch der letzte deutsche Junggeselle zu seiner 100-Pfund-Bräut gekommen ist.

Die gesunde Gegend

Im bayerischen Wald soll es ein Tat geben, ganz abgesehen von der Welt, ohne Bahn, ohne Autoverbindung, kein Doktor sei dort, keine Apotheke, kurz eine sehr gesunde Lage.

„Was, Dein Vater hat Dich geschlagen“, sagte ich verwundert, „der muß aber noch rüstig sein. Ja, warum hat es Dich denn geschlagen?“

„Weil ich an Großvater fall'n hab lassen!“

„Am Gottes willen, Dein Großvater lebt auch noch? Wie alt ist denn der?“

„Dös woach i net. Frag'n S an Herrn Pfarrer drüb'n, der woach, der hat'n laufft!“

Komm nur nach Hause, mein Junge

Eine Frau aus Grimsby (England), die erfährt, daß ihr zwanzigjähriger Sohn im Begriff ist, zu heiraten, besag sich steunigst nach der Kirche und kam gerade noch vor Beginn der Trauungszeremonie zurecht.

Upton Sinclair

Zu seinem 50. Geburtstag am 20. September 1928.

Amerika, das Land der schärfsten sozialen Gegensätze, hat wenigstens soziale Schriftsteller hervorgebracht. Nur ganz vereinzelt und meist sehr schwach klingt in seinem Schrifttum der Protest gegen die unumschränkte Diktatur des Kapitals, gegen die gewissenlose Ausbeutung, die bedenkenlose Rechtsbeugung. Das hängt sowohl mit der Struktur der amerikanischen Nation zusammen, wie auch mit der Mentalität des amerikanischen Publikums. Nur so viele Jahrzehnte Amerika in seiner geschichtlichen Entwicklung dem alten Europa voraus ist, um so viele Jahrzehnte hinter die amerikanische Literatur der europäischen nach. Ein gefeierter Romanschriftsteller wie Theodore Dreiser hält heute erst dort, wo vor 50 Jahren Zola hielt; ein Dichter wie Joseph Hergesheimer macht wohl einen Vorstoß in die Welt des kapitalistischen Machtkampfes der Gegenwart ("Campico"), schlägt sich aber immer noch mit individualistischen psychologischen Problemen herum, die das europäische Schrifttum längst abgehandelt hat. Den Mut zur Kampfanlage gegen amerikanische Hyperzivilisation und Unkultur hat von den bürgerlichen Dichtern Amerikas nur Sinclair Lewis. Bücher wie die Romane von Lewis werden vom amerikanischen Lesepublikum



Upton Sinclair

als eine Art Belästigung und unangenehme Störung empfunden. Sie sagen die Wahrheit, die ungeschminkte und ungeschönte Wahrheit. Da ist es doch weit angenehmer, sich von den Verfassern der rosenroten Magazingeschichten und der belanglosen Abenteuerromane einen blauen Dunst vormachen zu lassen, als erzählen zu lassen, wie schön die Welt ist, in der wir leben, wie gerecht, wie sittlich. Das Publikum sucht im Buch Ablenkung von der Wirklichkeit vom Alltag. Und die kapitalistische Welt hat dieses Bedürfnis des Publikums, um die Literatur zu einem Klassenkampfsmittel von noch immer nicht richtig eingeschätzter Wirkung zu gestalten. Kernentwurf, Sensation, fallischer Optimismus, Nüchternheit, das liefert der amerikanische Roman, das amerikanische Theaterstück. Und alle sind zufrieden; die Betreiber dieser Gesellschaft, das Publikum, die Autoren.

Aber jenseits dieser „offiziellen“ Gehirnerkennungsliteratur wächst eine neue heran. Eine Literatur, die nicht bejaht, sondern leidenschaftlich die heutige Gesellschaft verneint. Die nicht sentimental ist, nicht verlogen, und optimistisch nur insofern, als sie den baldigen Zusammenbruch der heutigen Gesellschaftsform und deren Ablösung durch eine neue prophezeit. Dieses junge proletarische amerikanische Schrifttum hatte in Jack London seinen ersten Kämpfer, hat heute in dem jungen Max Eastman eine seiner schönsten Hoffnungen. Sein bedeutendster Vertreter unter den Lebenden aber ist Upton Sinclair.

Upton Sinclair ist heute beim Proletariat Amerikas der populärste, bei der Bourgeoisie Amerikas der bestgehaßte Mann. In der grauenhaften Wirklichkeit des amerikanischen Klassenkampfes gibt es für den revolutionären Schriftsteller kein Verstecken am Schreibtisch, kein Beschränken auf den Streit des Wortes und der dichterischen Gestaltung. Der Revolutionär mag mit dem Pathos seiner Anklage kämpfen, seine Gegner bekämpfen mit Verleumdung, Polizeiverfolgung, Ausweisung, Verhaftung in diesem demokratischen Land der Welt ist alles frei, nur nicht die Meinung. Gewiß, es gibt keine Zensur; das verträglich demokratische falsche Stolz des Amerikaners nicht. Aber man hat ganz andere Mittel, die Stimme der Wahrheit zu unterdrücken. Die kapitalistische Presse eröffnet einen Verleumdungsfeldzug gegen den proletarischen Schriftsteller, aber sie schweigt auf der anderen Seite seine Bücher tot. Papierfabriken, die das Papier am Druck der revolutionären Bücher liefern, Druckereien, die die Drucken, Buchhändler, die sie verkaufen, werden boykottiert. So kommt es, daß Upton Sinclair seine Werke in einer kleinen Presse auf Padpapier drucken lassen, bis er die Möglichkeit hatte, sie im Selbstverlag in einer eigenen Druckerei herzustellen. Aber auch diese schmutzigen Methoden der geistigen Unterdrückung den amerikanischen bürgerlichen „Demokraten“ nicht. Es gibt auch Gummimittel und Revolver. Wird ein Schriftsteller, der mit der heutigen Ordnung der Dinge nicht zufrieden ist, an einer dunklen Straßenecke überfallen, so läßt sich ja nur schwer feststellen, wer diese kleine Zurechtweisung des vorlauten und unzufriedenen Dichters angestiftet hat.

In dieser Welt schreibt Upton Sinclair seine sozialen Romane.

Von seinem Leben ist nur zu berichten, daß es ein unausgesetzter Kampf gegen die kapitalistische Welt ist. Schon in der jugendlichen Zeit lernte Sinclair die bittere Not kennen. 1878 in Baltimore geboren, studierte er in New York, mußte sich aber schon vom 18. Lebensjahr an selbst erhalten. Mit literarischen Arbeiten brachte er sich notwendig durch. Die Romane und Dramen, die er für bürgerliche Zeitungen schrieb, gaben seinem Leben die Gewandtheit und Reichhaltigkeit, die ihm späterhin sein Schicksal erleichtern sollte. In der kalten Stube nun, in der der junge Sinclair für die Unterhaltungsbeilagen der großen Journale robotete, spann er auch phantastische Ideen zu Romanen, die er von allen Verlegern mit ein paar nichtigenden Worten zurückwies. Als er die Fron für die Zeitungen nicht mehr ertragen konnte, floh er die menschenliche Gesellschaft, baute sich in der Wildnis ein Häuschen und lebte von Fischen und Waldbeeren (er hat diese Epoche seines Lebens in „Der Liebesfahrer“ beschrieben). Hierher, in den Urwald, drang eines Tages eine Verunglückte, der Sinclair seinen Zeigefinger wies: die Arbeiter der Schlachthäuser in Chicago baten ihn, die Verhältnisse in den Konjunkturfabriken zu studieren und zu verbessern. Ein halbes Jahr verbrachte Sinclair in Chicago, er lernte nicht nur die Verbrechen, die die Herren der Schlachthäuser an den Konjunkturfabriken begehen, er lernte auch die soziale Lage der Arbeiter kennen. Nun schreibt er

keine phantastischen Romane mehr. Er schreibt Romane aus der Wirklichkeit, aus der grauenhaften Wirklichkeit des Klassenkampfes in Amerika. Das erste dieser Bücher, „Der Sumpf“, verschaffte ihm Weltruf. Sinclair studiert dann die andere Seite unserer Gesellschaft, lebt als Diener ein paar Monate unter den Millionären und beschreibt ihren wahnwichtigen Luxus, ihre Machtgier, ihr Müßiggängerdasein. Von nun an läßt diese Welt des Klassenkampfes ihn nicht mehr los. Wo heute in Amerika das aufwärtsstrebende Proletariat mit seinen Unterdrückten zusammenstößt, dort ist er zur Stelle, um auf der Seite des Proletariats zu kämpfen. In ihn wendet sich der amerikanische Arbeiter, wenn er in einer schwierigen Lebensfrage sich keinen Rat weiß. Er nimmt sich der Sache eines jeden von der herrschenden Klasse betrogenen, bestohlenen Proleten an. Er ist die



Streik

Von Gustav Hergeshneider.

**Zeitungsüberschriften schreien
fluchbeladener Wirtschaft Schande.
Arbeitskraft, die vielbegehrte
und doch immer ausgekauft,
geht nicht schafften in Betriebe,
streikt!**

**Aus der Werkstatt auf die Straße
wälzen sich die Hasserregten;
von den vielen Arbeitsstellen
krömen sie zu einem Plage —
hallen sich.
Schreie brechen aus der Masse,
die den Einen jäh erhöhen,
der das Wollen aller formt.**

**Dann in einig hoher Klarheit
wuchtig großer Schreitgemeinschaft
füllen sie die Straßenfluchten.
Ihr Sehnsucht allen kündend,
die des Werktags Not nicht kennen:
„Alle sind wir Menschen —
ob im tiefen Schacht wir schürfen,
ob wir an Maschinen dienen,
ob wir pflügen, säen, mähen
oder Schiff und Fahrzeug lenken —
unser Geistes, Körpers Arbeit
ist der Menschheit Lebensodem.
Gebt uns dann auch Menschenrechte!“**

**Weiter dröhnen Arbeitstiere
harten Gleichstakt in den Straßen —
endlos — bis zur Wunschbefriedigung.**



Stimme des amerikanischen Proletariats geworden, und hat das Leid dieses amerikanischen Proletariats in seinen Romanen und Theaterstücken anklagend der ganzen Menschheit verkündet.

Für seine sozialen Romane hat Upton Sinclair sich eine für Amerika ganz neue Form schaffen müssen. Er hat an Emil Zola angeknüpft. Doch der Roman Zolas arbeitet bei allem Streben nach Typisierung mit individuellen Zügen. Die Helden der Sinclair-Romane aber sind keine Einzelwesen. Sie sind aus der Masse herausgegriffene Menschen, sie tragen nicht das Gesicht eines Individuums, sie tragen das Gesicht einer Klasse. Weitest der soziale Roman Sinclairs auf der einen Seite durch seine Gestaltung in Typen den Einzelfall immer zum Klassenschicksal aus, so hält er sich auf der anderen Seite doch wieder mit Vorliebe an tatsächliche, einmalige Ereignisse; die Fabeln der Romane Sinclairs sind nicht erfunden, nicht konstruiert, sondern beruhen in den meisten Fällen auf Wirklichkeit.

Von den frühesten Werken Sinclairs hat sich ein Roman „Sklaverei“ lebendig erhalten; die Geschichte von der Befreiung der schwarzen Plantagenknechte bildete den Auftakt des Kampfes für die weißen Industrieknechte der Gegenwart. In seinem ersten großen Lendenzroman „Sumpf“ hat Sinclair aber nicht nur die unglücklichen Schmutzereien in den Chicagoer Schlachthäusern aufgeleuchtet und durch seine Entfüllungen eine öffentliche Kontrolle dieser Betriebe erzwungen, sondern auch zum erstenmal den Lebensweg des Proletariats gestaltet, der die kapitalistische Gesellschaftsordnung noch nicht durchschaut und sich selbst verantwortlich fühlt für sein düsteres Schicksal. Erst als er mit den sozialistischen Kampfbildern vertraut wird, erkennt er, daß nicht er schuld hat an seinem Elend, sondern die Weltordnung des Profits, die dem einen die Arbeit und dem andern den Lohn zuteilt. Auf der Gegenseite, bei den Nutznießern dieser Weltordnung, spielen die Romane „Metropole“ und „Börse und Spiel“. „Samuel der Suchende“ ist wieder die Geschichte des Erwachens des proletarischen Zusammengehörigkeitsbewußtseins, diesmal in der Seele eines Kindes. In der „Industriepublik“ sucht Sinclair aufzuzeigen, wie sich das menschliche Leben gestalten könnte, wenn die Arbeit und der Ertrag gleich verteilt wären. Im Weltkrieg schreibt Sinclair seinen „Jimmie“ — die Tragödie des kleinen amerikanischen Arbeiters, der sich im Kriege fürs Vaterland opfern will und sich bewußt wird, daß er sich nur für die Geldsäcke Amerikas und Europas opfert, der sich auf die Seite der russischen Revolutionäre stellt und von den amerikanischen Bolschewikenterroristen zu Tode gefoltert wird. Das Gegenstück dieses proletarischen Märtyrers ist der Held des Romans „Hundert Prozent“, der Berufsphilosoph und Verleumder, der sich und seine Klassenossen dem Bürgertum verkauft und bei diesem Handel dick und fett wird. Auch der Hintergrund dieser Erzählung, die Mißhandlungen von Arbeitern durch die Söhne der Fabrikanten und Kaufleute, die vergnügte Jagd auf proletarische Revolutionäre, ist keine Erfindung, sondern tatsächliche Wirklichkeit. Zwischen diesen beiden Büchern liegt der große Bergarbeiterroman „König Kohle“; die Rolle, die der Held des Romans spielt, hat Sinclair in der Wirklichkeit gespielt. Er hat tagelang darum gerungen, daß die gasgefüllten Gruben geöffnet werden, in denen die Bergwerksbesitzer lieber die zerschnittenen Arbeiter als die Kohlenvorräte wollten zugrunde gehen lassen. In seinen letzten Romanen kehrt Sinclair wieder zur Phantastik seiner Anfänge zurück; in dem sehr wichtigen antikerikanischen Roman „Man nennt mich Zimmermann“, in dem er die Passionsgeschichte in die Gegenwart verlegt und Jesus als einen proletarischen Rebellen darstellt und in der Utopie „Nach der Sinnlichkeit“. In „Die Lüge“ ist er in dem Roman „Präsident der U.S.A.“ an einer Erzählung in Briefen, die die

Zusammenhänge der amerikanischen Regierung mit der New Yorker Börse, die Abhängigkeit des ganzen politischen Apparats vom Großkapital schildert. Die Beziehungen der Regierung zum Weltkapital, die politische Korruption Amerikas, rollt er in seinem großen sozialen Roman „Petroleum“ auf. Sein letztes Werk, „Boston“ ist dem tragischen Schicksal zweier Opfer des kapitalistischen Amerika, Sacco und Vanzetti, gewidmet.

Von dem Lendenzroman Sinclairs, der ja weniger Dichtung sein will als Anklageschrift, ist es nicht weit zu den gesellschaftskritischen Schriften, die unteruchen wollen, wie alle Einrichtungen des heutigen Lebens vom Kapitalismus zum Klassenkampf gegen das Proletariat, zur Erhaltung der bürgerlichen Ordnung genötigt werden. „Sündenlohn“ ist eine Entlarvung der Korruption und der Kampfmethoden der kapitalistischen Presse; „Religion und Profit“ zeigt den Zusammenhang von Kirche und Kapitalismus; „Die goldene Kette“ schildert die Abhängigkeit der Kunst von den jeweils herrschenden Mächten; „Der Rekrut“ und „Der Parademarsch“ sind zwei soziologische Studien über das amerikanische Schulwesen. Alle diese Bücher wurden in schärfster Kampfeinstellung zur bürgerlichen Gesellschaft geschrieben; unerhödet und unbeflüchteter enthüllen sie das wahre Antlitz unserer Welt, das wahre Antlitz des kapitalistischen Amerika.

Aus dem Briefwechsel mit rastlosenden amerikanischen Arbeitern ist Sinclair sein „Buch des Leben“ erwachsen, das dem Proletarier über alle großen und kleinen Fragen seines Alltagslebens Aufschluß geben will. Als Dramatiker hat sich Sinclair, allerdings mit geringererem Erfolg, oftmals versucht. „Prinz Hagen“, „Die Maschine“, „Die Hölle“ und „Singende Vögel“ sind seine bekanntesten Theaterstücke.

Alle Werke Upton Sinclairs, erfüllt vom leidenschaftlichen Pathos eines Volksführers, wurzeln im amerikanischen Leben; aber was sie über unsere Weltordnung aussagen, was sie an Verbrechen und Schändlichkeiten, an Graueln und Martern berichten, gilt nicht nur für Amerika. Es ist der Kapitalismus überhaupt, der in Upton Sinclair seinen erbittertesten Gegner gefunden hat. Es ist nicht nur der amerikanische Arbeiter, es ist der Proletarier der ganzen Erde, der revolutionäre sozialistische Proletarier, der in Upton Sinclair seinen liebevollsten Freund und tapfersten Mitstreiter fand. Ob Upton Sinclair ein Dichter ist oder nur ein großer Journalist, ist heute, solange der Entscheidungskampf zwischen Arbeit und Kapital noch nicht ausgetragen ist, von geringerer Bedeutung. Wichtig ist, daß Upton Sinclair ein unermüdlicher und unerhödetener Kämpfer ist, der mitten unter den Schreien einer hemmungslosen kapitalistischen Diktatur für die sozialistische Weltenerneuerung steht, der mit seinen Büchern und seinen Taten die Flamme des Aufsturus nährt, die dereinst die Welt der sozialen Verflavung und literalen Verdummung, der Menschenmishandlung und Ungerechtigkeiten niederbrennen, und so Platz schaffen wird für eine neue Menschengemeinschaft, die nicht das Kapital und die Kirche, sondern das soziale Verantwortlichkeitsgefühl freier Menschen beherrschen und lenken wird.

Fritz Rosenfeld.

Die Werke Upton Sinclairs sind in deutscher Uebersetzung von Hermanna zur Mühlen im Malik-Verlag in Berlin erschienen.

Upton Sinclair

Die amerikanische Literaturgeschichte weiß nur wenige Namen auf, von denen Napoleon gesagt hätte: „Voilà un homme!“ („Das ist einmal ein Mann!“) Man muß lange suchen, um auf einen unübertroffenen Genies wie Walt Whitman, auf einen Dänen wie Edgar Poe oder auf einen schaden, aber unbestechlichen Satiriker wie Mark Twain zu stoßen. Die jüngere Generation der Amerikaner hat schon eher ihr Gewissen entdeckt, und Männer wie Sherwood Anderson, Sinclair Lewis oder Robert Emmet Sherwood, um von Schriftstellern unserer Tage zu sprechen, haben ihrem Volke schon scharf und eindeutig die Wahrheit gesagt. Was sind sie aber alle gegen den etwa 15 Jahre älteren Upton Sinclair, der am 20. September fünfzig Jahre alt wird? Bekcheidene Satiriker, die das Allerbeste, nämlich die völlige Preisgabe ihrer Person und ihrer Existenz, noch nie gewagt haben. Upton Sinclair aber, 1878 in Baltimore als Sohn eines Schnapsbändlers geboren, hat seine bürgerliche und künstlerische Existenz schon dreißigmal aufs Spiel gesetzt, hat in einer langen Reihe von Werken, ohne Rücksicht auf ihre Auswirkung, seinem Volke immer wieder einen Spiegel vorgehalten, der der freiesten Nation der Welt nicht immer ein schönes Gesicht zurückwarf. Ja, man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß dieser Dichter seit Jahrzehnten das unbestechliche Gewissen seiner Nation ist. Ein Wahrheitsfanatiker, ein Gestalter der Klassenkämpfe und Gesellschaftskonflikte, ein Schilder der Ausbeuter und ihrer wehrlosen Opfer, der ebendürrig an die Seite eines Zola gestellt werden kann.

Nach Beendigung seines Universitätsstudiums verließ sich Sinclair vor allem in die traurige Geschichte der amerikanischen Trübsal, studierte ihre Entwicklung und ihre unsozialen Auswirkungen und kämpfte mit Theodore Dreiser gegen ihre Schöpfer. Mit 25 Jahren fand er Berufungspunkte mit dem Sozialismus und damit sein fünftages Lebensziel. Mit unerhörter Wucht fürzte er sich nun, im Jahre 1906, auf einen Stoff, der ihn über Nacht weltberühmt machen sollte; auf die gesundheitsschädliche, jeder Hygiene spottende und ekeleregende Herstellung der Fleischkonserven, die wir in Europa als „Corned Beef“ mit großem Appetit verspeißt haben. Sinclair studierte die Schlachthäuser Chicagos und schrieb seinen ersten großen Roman „Der Sumpf“. Dieses Werk war eine Tat. Die ganze Welt war plötzlich von einem neuen Dichter aufgerufen und bis ins tiefste erschüttert worden. Ein Schrei der Entrüstung, ja, der Empörung, wurde laut, denn dieser Sinclair hatte sich nicht mit der bloßen Schilderung der abgeklärtesten Tierarznei begnügt, nicht mit der Darstellung der Arbeitsverhältnisse und des Tageswerks in diesem Massengrab der fetten Panamaschen, nicht mit der Malerei eines vagen wirtschaftlichen Panoramassens, sondern er war ins Herz dieser gigantischen Schlachthäuser, in die Klasse der Arbeiter der Industrie eingedrungen, in die Klasse der „Sumpf“ dachte Dinge auf, die die Fleischkonserven-Industrie oder doch einen großen Teil von ihr einfach unmöglich machten.

Umsonst versuchte man, den Dichter, der über Nacht zu einer Weltmacht geworden war, zu kaufen. Vergeblich wollte man ihn mit einem goldenen Schloße den Mund versperren, wollte ihm riesige Summen anbieten, um ihn gefügig zu machen. Sinclair blieb fest. Man drehte man den Spieß um, kaufte die Presse und ließ den Dichter durch ein Labyrinth von Intrigen, Schereien und Anfeindungen Schutz suchen. Aber Upton Sinclair war nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Er schrieb, wo jeder andere zusammengebrochen wäre, mutig weiter und wollte mit jedem neuen Werke ein immer grandioseres, umfassenderes Bild des echten Amerika mit seinen gewissenlosen Gründern, Unterdrückten, Kapitalisten, Pressehunden, Feldherren, Demagogen und ihren menschenlichen Opfern auf. So entstanden seine für Amerika nicht unwichtigen Romane „König Kohle“, „Hundert Prozent“, „Man nennt mich Zimmermann“, „Jimmie“, „Der Parademarsch“ und „Petroleum“, aber auch seine und sehr wichtige Schöpfungen, wie „Samuel der Suchende“ oder „Der Liebe Pilgerfahrt“. Ganzig Romane, Dramen und sozialkritische Werke hat Sinclair in knapp 25 Jahren ge-

